

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

118 (23.5.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Ruhestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: Halbjährlich 1.— M. mit 90 A ohne Zustellung. Einzel- u. Abgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

Professor Sering gegen die Wucherzölle

Berlin, 23. Mai. (Eigener Funddienst.) Der bekannte Antisozialist, Prof. Dr. Sering, sprach am Freitag in Berlin in der deutschen volkswirtschaftlichen Gesellschaft über „Agrarfragen“. Er bemerkte zur Lage der Landwirtschaft, daß sich die Klassen- und Preisfrage, die zwischen den Preisen der Industrieprodukte und den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Jahre 1924 sich im wesentlichen geschlossen habe. Die Hauptursache seien die ungeheuren Einschränkungen der bebauten Flächen durch die amerikanischen Farmer und schlechte Ernte des Jahres 1923. Aber die hohen Getreidepreise, die sich daraus ergaben, hätten sich nicht halten lassen, wenn nicht in Mitteleuropa und ganz besonders in Deutschland durch die Ausführung des Dawes-Planes und die ihm folgenden Auslandskredite die Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung ungeheuer gesteigert worden wäre. Dadurch sei die Agrarfrage zum mindesten in den überseeischen Gebieten beendet worden, soweit sie auf der Preisbildung beruhe. Wenn die Preise weiterhin in der Höhe verbleiben, wie sie seit 1924 beständen, so sei die landwirtschaftliche Not vorbei. Nur ein Unsicherheitsfaktor bestehe noch. Es müsse das Wiederauffleben des Futtermittels, wie vor den Dawes-Verträgen durch die politische Gleichstellung Deutschlands verhindert werden. — Mit Sicherheit sei zu erwarten, daß die Weltmarktpreise für Agrarprodukte einen Stand beibehalten werden, der auch der intensiven Kultur ein Auskommen gewährt und eine intensive Kultur in Deutschland ohne Agrarstützung ermögele. Man solle nicht übersehen, daß während der Inflation von 900 Tarifpositionen 277 durch Verordnungen unter der Hand erhöht worden seien, davon 46 um 350 Prozent. Hier liege der Hauptgrund für die Tatsache, daß in Deutschland heute die Preise der Industrieprodukte nicht über den Getreidepreisen, dagegen unter dem Weltmarktpreis liegen.

Deutschland sei heute schon vor der neuen Zollvorlage ein ausgebrochenes Hochschuland und habe die teuersten Preise in ganz Europa.

Das Neuerliche was zu fordern wäre, seien Ausgleichszölle mit dem Zweck, die Preise nicht über den Weltmarktpreis zu steigern oder sie auf den Weltmarktpreis zu bringen. Für die Dauer könne er sich nicht vorstellen, wie in Deutschland wirtschaftliche Schutzmaßnahmen möglich sein sollen. Der deutschen Landwirtschaft sei durchaus mit Vereinfachungsmaßnahmen gebietet. Mit anderen Worten: einer gesetzlichen Bestimmung, welche die Regierung ermächtigt, bei unvorhergesehener Lage der Landwirtschaft diese vor zu heftigen Erschütterungen zu bewahren. Wenn die Weltmarktpreise stürzen, würden die Lebensmittelpreise hinweggeführt. Auf der anderen Seite müßte die Verteuerung der Lebensmittel durch elementare Lohnkampfbewegungen zu einer solchen Verteuerung der Industrieprodukte führen, daß die Agrarpreise ihren Wert für die Landwirtschaft verlieren müßten. Allerdings sei es fraglich, ob bei der heutigen Lage der politischen Verhältnisse in Deutschland eine solche Politik durchführbar sein würde. Anstelle des alten Obrigkeitstaates sei heute die Macht der Interessengruppen getreten und es sei mit Sicherheit zu erwarten, daß die deutsche Landwirtschaft bei dem Handel mit diesen Verbänden den Kürzeren ziehen würde. Wichtigere als alle Zölle sei nach wie vor eine Organisation zur Durchführung und intensiven Verbreitung der gewaltigen wissenschaftlich-technischen Fortschritte der letzten Jahre in der ganzen deutschen Landwirtschaft.

Rücktritt des neuen belgischen Kabinetts

Brüssel, 22. Mai. In der Kammer wurde der liberale Ministerpräsident antrag Max gegen das Ministerium van de Broere mit 98 gegen 75 Stimmen bei 9 Stimmenthaltenungen angenommen. Daraus resultiert das gestürzte Kabinetts van de Broere unter stürmischen Ovationen der katholischen Partei seine Sätze und die Sitzung wurde aufgehoben.

Ministerpräsident van de Broere hatte in der Kammer die Erklärung der neuen Regierung abgegeben. Ueberaus bemerkenswert an der Regierungserklärung war die Unterstreichung demokratischer Forderungen. Van de Broere erklärte, der Wahlausfall sei ein klarer Beweis dafür, daß das belgische Volk die sozialen Gerungen aufrechterhalten und erweitern wolle. Aus diesem Grunde kündigte die neue Regierung Gesetzentwürfe über die Entschädigung berufsanfänger Arbeiter, über Sozialversicherung, Familiengeld, Mutterschutz und ferner ferner Gesetze über die Festlegung des Schlichtungsverfahrens bei Arbeitskonflikten, Erhaltung des Mieterschutzes und Förderung des Wohnungsbauens an. Der Mittwochtag müsse unbedingt aufrechterhalten und das Washingtoner Abkommen ratifiziert werden, vorbehaltlich der Ratifikation durch die wichtigsten Kontrahenzländer. Die Militärdienstzeit müsse verkürzt und die Sprachenfrage in der Armee gelöst werden. Die Redner der anderen Parteien lehnten in eingehender Aussprache das Regierungsprogramm ab.

Aus der schwarz-weiß-roten Regierungs-koalition

Berlin, 23. Mai. (Eigener Funddienst.) Das Berliner „Deutsche Zeitung“, hatte den Reichsaussenminister am Freitag Abend beschäftigt, daß er in seiner Stuttgarter Rede ein Geständnis über deutsche Kriegsschuld abgelegt habe. In einem Dementi

erklärt Stresemann nun, daß er die Kriegsschuldfrage als solche überhaupt nicht berührt habe, und daß die von der „Deutschen Zeitung“ der Rede des Ministers unterstellte Tendenz vollkommen unrichtig sei. Also auch hier wieder der alte Zustand, daß der Außenminister sich gegen das Organ einer Regierungspartei wenden muß. Alles das sieht und hört man auch im Auslande. Glaubt Herr Stresemann da noch an ein Vertrauen der möglichen Persönlichkeiten des Auslandes in die jetzige Regierung? Wenn nicht, wie will er da in den kommenden Monaten verhandeln?

Kampfanfrage gegen die Regierungspolitik

Berlin, 23. Mai. (Eigener Funddienst.) Der Reichsernährungsminister hatte für Freitag die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften eingeladen, um ihnen die Notwendigkeit einer Schutzpolitik klar zu machen. Im wesentlichen benutzte er die Argumente der Regierungsvorlage, um die Zollpolitik zu verteidigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der bei der Besprechung ebenfalls vertreten war, legte durch seinen Vertreter Verwahrung gegen den ganzen inneren Kurs der Reichsregierung ein und kündigte für das Gros der deutschen Arbeiterschaft, das heute freigewerkschaftlich organisiert ist, den gemeinsamen Kampf der Parteien und Gewerkschaften gegen den geplanten Brotwucher an.

Protest gegen den Betrug in der Aufwertungsfrage

Berlin, 23. Mai. (Eigener Funddienst.) Am Freitag abend veranstaltete der sozialdemokratische Bezirksverband der S.W.D. in Berlin eine Versammlung, die als Protest gegen den Aufwertungsstreik gedacht war. Tausende von kleinen Sparern und Hypothekengläubigen, die durch den Inflationsbetrug um ihre Ersparnisse gekommen sind, hatten der Einladung zum Besuch der Kundgebung Folge geleistet. Während verschiedene Redner zu den Massen sprachen, erlitten fortgesetzt Entrüstungsrufe gegen die Regierung und teilweise auch schon gegen Hindenburg. Wiederholt rief die Versammlung stürmisch: „Auflösen, den Reichstag auflösen!“

Herriot verteidigt das Vorgehen in Marokko

Paris, 23. Mai. (Eigener Funddienst.) Das offizielle in Paris herausgegebenes Kommando teilt mit, daß die französischen Truppen zur Kampfabnahme übergegangen seien und den Fluss Ouedra erreicht hätten. Die Verluste seien im Verhältnis zur Stärke der am Kampf beteiligten Truppen unbedeutend. Im Osten dagegen sei die Lage immer noch ernst.

Paris, 23. Mai. (Eigener Funddienst.) Herriot hat auf der Tagung der Generalräte des Rhône-Departments das Wort ergriffen, um seine Stellungnahme zu dem Marokkoeinsatz zu präzisieren. Er sei stets in voller Uebereinstimmung mit Marschall Lyautey gewesen. Dieser sei nicht nur Spanien gegenüber vollkommen korrekt, sondern habe auch stets die internationalen Verträge beobachtet. Es sei die Behauptung aufgestellt worden, daß die Vorkämpferung gewisser vorgelegener Positionen eine Unvorsichtigkeit gewesen sei. In der Tat aber lägen diese Positionen innerhalb der französischen Anwartschaften und sei daher auch vollkommen korrekt gewesen, hier zu operieren, um die Sicherheit der französischen Truppen in Marokko zu erhöhen. Er habe j. H., fährt Herriot fort, als er noch Ministerpräsident gewesen sei, die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um einem bereits damals vorausgesehenen Angriff den nötigen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Die Bedenken der sozialistischen Parteien seien gegenstandslos. Die Ereignisse in Marokko könnten in keinem Falle den europäischen Frieden gefährden. Weder Spanien noch England hätten Frankreich etwas vorzuerwerfen, dessen Haltung zu keinerlei Kritik Anlaß gäbe.

Abbau der berüchtigten Notverordnungen

Berlin, 22. Mai. Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung wirtschaftlicher Notverordnungen zugeleitet, um damit den Abbau der Notverordnungen fortzusetzen, der vor etwa einem Jahr mit der Aufhebung der Wuchergewinnverordnungen und wesentlichen Teilen der Verordnungen über die Handelsbeschränkungen begonnen wurde. Kein polizeiliche Bestimmungen über die Unterbrechung des Handels und Schließung von Geschäftsräumen bleiben bestehen.

Trochys Rückkehr

Leningrad, 22. Mai. Wie man jetzt nachträglich erfährt, hat der frühere Gegner Trochys, Stalin, hauptsächlich wegen der Opposition gegen Kamanev und Sinowjew seinerzeit die Zurückberufung Trochys betrieben und auch durchgeführt. Im übrigen sollen die Witwe Lenins, Frau Krupskaja und die Schwester Lenins die Rückkehr Trochys zur Bedingung ihres Verbleibens in der Partei gemacht haben.

Amundsens Nordpolflug

Oslo, 22. Mai. „Sjofartens Tidende“ meldet aus Kingsbay zum Nordpolflug Amundsens: Beide Flugzeuge sind mit Betriebsstoff für eine Strecke von 2400 Km. ausgerüstet und haben für den Fall, daß es notwendig wird, die Rückreise zu Fuß zurückzulegen, auch für 30 Tage Proviant an Bord. Es ist beabsichtigt, das die beiden Maschinen nebeneinander in 100 Meter Abstand auf 6 bis 700 Meter Höhe, auf der Rückfahrt jedoch auf 2000 Meter Höhe gehen. Die Flieger beabsichtigen, auf dem Hin- und Rückflug keine Zwischenlandung vorzunehmen, es sei denn, daß sie dazu gezwungen werden. Die „Sjofartens Tidende“ erhielt unmittelbar vor dem Start den Befehl, nordwärts zu gehen, während die „Fram“ einige Stunden später folgte. Die Schiffe werden soweit nordwärts gehen, als es die Eisverhältnisse erlauben, und nach den Fliegern Umshau halten. Die Meteorologen fasten für die ersten Tage günstiges Wetter voraus.

Stockholm, 22. Mai. „Dagens Nyheter“ meldet von der Kingsbay: Die Nordlandpolarflieger haben gestern nachmittags 5 Uhr 15 Minuten ihren Flug zum Nordpol angetreten. Zuerst startete Amundsens Maschine, der die Maschine von Celsworths folgte. Sieben Minuten nach dem Start waren beide Flugzeuge auf dem Wege nach dem Nordpol bei Kap Brita verschwunden. Der Start ging trotz der großen Kälte, die die beiden Fahrzeuge tragen, vom Eis aus glatt vonstatten.

Berlin, 22. Mai. Nach weiteren Meldungen über den Nordpolflug Amundsens, die der „N. Z. am Mittag“ auf radiotelegraphischem Wege zuzugingen, war zur Zeit des Abfluges die gesamte, etwa 300 Köpfe starke Besatzung von Kingsbay am Startplatz anwesend. Auf der Einfahrt zum Pole wird mit leichtem Wind gerechnet, während auf der Weiterfahrt nach Alaska mit einem günstigen Rückwind gerechnet wird.

Am Nordpol?

Berlin, 23. Mai. (Eigener Funddienst.) Aus Amerika liegen Meldungen vor, die erklären, das Amundsen den Nordpol glücklich erreicht und nach erfolgreichem Messungen sich bereits auf dem Rückwege nach Kingsbay befindet. Eine Bestätigung dieser Meldungen war in der Hauptstadt Norwegens nicht zu erwarten. Dort liegen vorläufig über den Verbleib Amundsens keine näheren Einzelheiten vor. Da die Abreise bereits am Dienstag mit Flugzeug erfolgt ist, muß mit den unmittelbaren Rückkehr gerechnet werden, wenn die Expedition glücklich verlaufen ist. Für den Fall, daß die Rückkehr nicht mit Flugzeug erfolgen kann, wird eine bestimmte Nachricht über den Ausgang derselben noch einige Tage auf sich warten lassen.

Schiedspruch im Buchdruckgewerbe

Die Tarifkommission im Buchdruckgewerbe legte den Epikuriosen wie folgt fest: Vom 30. Mai bis 3. Juli 46 M., vom 4. Juli bis 1. Januar 1926 auf 48 M.

Der Kampf gegen die Proletarierfrantheit

Berlin, 22. Mai. Heute vormittag wurde die Konferenz der deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose im Reichswirtschaftsrat durch den Vorsitzenden, den Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes Dr. Humm, eröffnet. Das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das preussische Wohlfahrtsministerium, das preussische Ministerium des Innern, das bayerische und das sächsische Ministerium des Innern haben Vertreter entsandt. Ferner waren zahlreiche Vertreter der Landesversicherungsanstalten, Krankenkassen, Stadt- und Kreisverwaltungen, Heilanstalten und Fürsorgestellen anwesend. In der Nachmittags Sitzung wurde vom Generalsekretär der Geschäftsbereichsrat berichtet. Infolge der Stabilisierung der Währung seien die geschlossenen Heilanstalten im Laufe des Jahres wieder in Benutzung genommen worden und hätten im Winter 1924/25 eine noch nie dagewesene Belegung aufzuweisen. Nach der im Frühjahr stattgefundenen Zählung befinden sich jetzt 75 Heilanstalten für Erwachsene mit 17 600 Betten und 291 Heilanstalten für Kinder mit 24 400 Betten in Betrieb. An sonstigen Anstalten gibt es 148 Walterheilungsstätten, 21 Waldschulen, 6 ländliche Kolonien und 45 Geseftungsheime, sowie 355 Tuberkulosehäuser. Die Tuberkuloseabteilungen in den Krankenhäusern, Anwaldenheimen, Pflegestätten und Fürsorgestellen haben sich im Laufe des Jahres wesentlich gebessert und gefestigt.

Die Lage in Bulgarien

Sofia, 22. Mai. Vor den Führern der Oppositionsparteien gab Ministerpräsident Jentoff Erklärungen über die Lage in Bulgarien ab. Danach haben die Reste der kommunistischen Verschwörungsorganisationen ihre Zuflucht in den Dörfern aufgegeben und sich in die Berge zurückgezogen, da die Bevölkerung ihnen keinen Unterschlupf mehr gewähren will. Die Verfolgung dieser Dörfer wurde der Gendarmerie übertragen, die in kurzer Zeit mit ihnen aufgeräumt haben dürfte. Die Angaben über die Zahl der Verhaftungen sind übertrieben. Im Ganzen wurden bisher 2000 Personen verhaftet, von denen die Unschuldigen laueweise entlassen werden.

Das „Karlsruher Tagblatt“ als Zollwucherorgan

Das „Karlsruher Tagblatt“, das mit aller erdenklichen Geschwindigkeit die Wahl des Feldmarschall-Präsidenten betrieb, gebärdet sich jetzt, nachdem seine Agitation infolge der politischen Indifferenz weiter Volkstreu mit Erfolg gekrönt ist, als Zollwucherblatt. Es verbreitet vorgefesselt auf der ersten Seite folgende Notiz:

Getreidezölle und Brotpreis. Wie die Telegr.-Union erfährt, wird durch die Getreidezölle eine Brotverteuerung weder begründet noch herbeigeführt. Der einzige Zweck ist die Verhütung eines übermäßigen Preissturzes, der für die heimische Landwirtschaft zur Katastrophe führen könnte. Die Getreidezölle werden im allgemeinen ausgleichend zwischen Inlands- und Weltmarktpreis wirken. Entscheidendes Moment für die Preisbildung ist und bleibt der Weltmarktpreis.

Wir fragen, was ist das für eine Stelle, von der die Tel.-Union diese Weisheit „erfahren“ haben will? Wer will im Ernst behaupten wollen, daß die Wiedereröffnung der früheren allgemeinen Getreidezölle (per Doppelzentner Roggen 5 Mark, Weizen und Spelz 5,50 Mark, Doppelzentner Weizen 35 Mark) nicht verteuern auf den Konsum wirken würde? Es ist doch gerade der Zweck der Schutzzölle, die betreffenden Produkte im Preise steigen zu lassen. Es ist ein Hundstunb ungleichmäßig, dem Volke etwas anderes weiß machen zu wollen. Das „Tagblatt“ treibt mit der Verbreitung obiger Schwindelnotiz ein freventliches Spiel. Die große Agrarierpresse ist wenigstens offener. Die „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“, die nicht abstreiten, Interessenorgane zu sein, geben offen zu, daß Agrarzoll Brotverteuerung bedeutet. Die „Kreuzzeitung“ stellt kalt fest, daß Zölle auf Vorkgetreide „immerhin eine Belastung der Verbraucher herbeiführen“. Sie spricht von „unausbleiblichen Kämpfen zwischen Verbrauchern und Erzeugern“. Das ist der brutale, aber offene Interessentendankpunkt. Das ist der Wille, eine Verteuerung der Lebenshaltung zugunsten der Agrarier und zu Ungunsten der Massen herbeizuführen im Kampfe. Aber es ist wenigstens offen. Die große Presse kann sich diese Offenheit schon leisten. Die kleine Provinzpresse kann das nicht. Sie muß mit Notizen, wie die obige, das drumme B o l l h i n t e r s L i c h t f ü h r e n. Wenn dann die Zölle durch sind und der Brotpreis gestiegen ist, wird man schon wieder Redensarten finden, um die Preisauflage auf andere Umstände zurückzuführen zu können.

Das Volk sollte endlich einmal aufwachen und mit uns den Kampf gegen den Brotwucher führen. Der Kampf gegen den Brotwucher ist auch Kampf gegen die Brotwucherpresse. Sinais mit ihr aus den Wohnungen des arbeitenden Volkes!

Recht, Gerechtigkeit und Arbeiterschaft

Es ist eine der belagerten Tatzachen unserer Zeit, daß das Rechtsbewußtsein im Volke härter wie nie zuvor abnimmt. Gerade die unteren Volksschichten bringen unseren heutigen Gerichten nicht das Vertrauen entgegen, das für einen Kulturstaat zu wünschen wäre. Warum?

Der Arbeiter hat das Gefühl, nicht einem lediglich von den Interessen des Freihautes geleiteten Richter gegenüber zu stehen, sondern einem Richter, der die Interessen einer anderen Gesellschaftsschicht vertritt, das heißt der Partei ist. Das ist begrifflich, denn wir sehen, wie gerade die meisten Straftaten der Arbeiter darin bestehen, daß diese sich vergangen haben gegen die Wünsche und Wünsche des Bürgertums, der herrschenden Klasse.

Der Richter ist gezwungen, nach dem Buchstaben des Gesetzes zu urteilen, jenes Gesetzes, das geboren wurde aus einem Geiste, gegen den sich das Proletariat stets wendet. Ein Berechnen ist hier nicht möglich, denn das „Recht“ wird in vielen Fällen vom Volke als „Unrecht“ empfunden. Wie oft sehen wir, daß der mit den Einzelheiten des Gesetzes Vertraute durch die Maschen des Rechtes sich durchwindet, während der Mann des Volkes aus Ungeschicklichkeit strauchelt und verurteilt wird. Sehr richtig sagt Hartmann einmal, dessen Gedankengang ich folge: „Der kluge Agitator beherrscht die Form, der Arbeiter vergriffelt sich im Ausdruck und wird in Haft gefesselt!“

Der heutige Richter wird sich nicht in das Innenleben eines Arbeiters verstehen können, kommt er doch aus dem so anders denkenden und empfindenden Milieu der Korpsstudentenjugend und Akademiker. Wir glauben, daß die Gesinnung, aus der heraus eine Tat geschieht, diese Tat rechtfertigen kann, das jedoch darf der bürgerliche Richter nicht anerkennen, er spricht Recht, muß Recht sprechen, ohne sich um die Gerechtigkeit zu kümmern, die oft nicht mit dem Recht zusammenfällt. Unser heutiger Staat, der die Kinder bereits mit 14 Jahren aus der Schule reißt, ihnen die Weiterbildung verweigert, damit sie rasch zum Ausbeutungsobjekt werden, bewilligt der bürgerlichen Klasse eine höhere Bildung, verlangt aber dann von dem Menschen, den es gerade in den Jahren, in denen die Charakterbildung einsetzt, verflacht, die gleiche Denkart und „Reinfähigkeit“ wie von den Edhnen der Weisenden. Das Proletariat besitzt nun eine andere Reinfähigkeit, eine andere Bildung! Man sollte dieser Bildung Rechnung tragen. Man sollte verstehen, daß die Wohngelegenheit, die dauernde Meinungsunterdrückung in der Arbeitsstelle, die geringe Möglichkeit vertiefter Weiterbildung, andere Einstellung zum Leben erzeugen in u h!

Zum Fällen eines gerechten Richterurteils gehört volles Verstehen für diese Tatzachen.

Die tiefste Ursache des Mißtrauens der Arbeiterschaft auch in der Reichsbanerangelegenheit liegt in der ganzen Art der Rechtsabhandlung begründet. Wenn dann noch Ungeschicklichkeiten geschehen, so wird dieses Mißtrauen gesteigert. Mag das auch augenblicklich den Anhängern der bestehenden Wirtschaftsordnung recht gleichgültig sein. Für die geschichtliche Weiterentwicklung des Klassenkampfes werden sich diese einzelnen Bestreife gegen die Seele des Volkes so auswirken, wie man es jedenfalls den Eineln der heute regierenden Klasse nicht wünschen möchte. Auch aus den Reihen der Arbeiterschaft erheben Klagen, wie sie aus den Reihen aller Getretenen erheben. Etwas weitfichtiger Rechtsabhandlung würde sicher nichts schaden können, aber es ist wohl so, nicht Gerechtigkeit, sondern das Klassenrecht muß Macht werden, es soll siegen. Der Sieg der Gefolgshaft Hindenburgs aber wird sein, ein Verhängnis für die Zukunft.

O. W. Pascendi.

Jahrbücher der Arbeiterbewegung

Die englisch sprechende Arbeiterschaft in Großbritannien und Amerika verfügt über Hilfsmittel, die in den anderen Sprachen noch fehlen: die umfangreichen Jahrbücher der Arbeiterbewegung. Was in anderen Ländern in Berichten zu den Parteien, in Berichten sozialistischer Parlamentsfraktionen und in Zeitungsartikeln verstreut und oft nur mühsam auffindbar ist, geben diese Jahrbücher zusammengefaßt. Und mehr als dies, denn die systematische Ordnung führt dazu, daß Lücken ausgefüllt werden, die sonst offen blieben. Vor allem versuchen diese Jahrbücher aber auch eine Uebersicht der Arbeiterbewegung außerhalb des eigenen Landes zu geben, und bieten dadurch wertvolle Hilfsmittel.

Die Britische Arbeiterpartei hat gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverband zum erstenmal mitten im Jahre, im Jahre 1916 das Wagnis der Herausgabe eines Jahrbuches unternommen. Weitere Ausgaben erschienen 1919, 1924 und nun ist „The Labour Year Book 1925“ erschienen. Es umfaßt nahezu 600 Seiten wertvollen Materials, eingeleitet durch ein kurzes Wort von Arthur Henderson, dem Sekretär der Labour Party. (Der Preis dieses Buches ist 3/6 Schillinge, gebunden 5 Schillinge.) In diesen Hinfichten eine Parallelenuntersuchung stellt das Jahrbuch dar, das die Unabhängige Arbeiterpartei (I.L.P.) in diesem Jahre zum erstenmal ausgegeben hat. Es trägt den Titel „The Socialist Annual 1925“ und bringt auf 287 Seiten eine Uebersicht der politischen Fragen unter besonderer Bezugnahme auf den Gesichtspunkt der I.L.P. und stellt darüber im gewissen Sinn auch eine Ergänzung zu dem Jahrbuch der Labour Party dar. (Der Preis dieses Werkes ist 2/6 Schillinge.)

Die New Yorker Rand School of Social Science hat auch bereits im Jahre 1916 mit der Ausgabe eines Jahrbuches begonnen. Seitdem ist jedes zweite Jahr ein Band erschienen. Der zuletzt erschienene 5. Band: „The American Labor Year Book 1923 bis 1924“ umfaßt 548 Seiten, von denen mehr als die Hälfte der Arbeiterbewegung außerhalb der Vereinigten Staaten und internationalen Organisationen gewidmet ist. Das Material in diesem Bande ist bereits viel sorgfältiger gesichtet und von vielen der besten der früheren Ausgaben befreit, so daß es ein sehr nützliches Nachschlagewerk darstellt. (Der Preis des Bandes ist 3 Dollar.)

Als grundlegende Quelle für alle anderen Nachschlagewerke wird das „Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes“, das 1925 zum drittenmal in Amsterdam dreisprachig herausgegeben wurde, dienen. Auf 494 Seiten wird eine Uebersicht über die Konstitution der gewerkschaftlichen Organisationen gegeben, wobei neben den den I.G.B. angeschlossenen Gewerkschaften immer auch die Zahlen für die Organisationen außerhalb ihm angegeben werden. Von besonderer Wichtigkeit ist die in diesem Bande zum erstenmal gegebene Gegenüberstellung des Umfangs des auf Landeszentralen aufgebauten I.G.B. gegenüber der Ueberlieferung nach internationalen Berufssekretariaten. Eine Reihe überaus instruktiver Tabellen, so z. B. jene, die den Prozentsatz organisierter Arbeiter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bevölkerung im Lande angibt, werden für die Arbeiterbewegung auch auf rein politischem Gebiet von größtem Interesse sein. (Der Preis des Bandes beträgt 10 M.)

Die sozialistische Arbeiterinternationale verfügt leider noch über kein Werk, das dem des I.G.B. an die Seite zu stellen wäre. Der für den Internationalen Kongress der S.A.I. im nächsten August in Vorbereitung befindliche Bericht wird einen ersten Schritt zur Schaffung der Grundlagen eines Jahrbuches der politischen Bewegung des internationalen sozialistischen Proletariats darstellen.



Genosse Dr. Landsberg

Der Fall Höfle nicht verwunderlich

Gen. W. schreibt uns zu seiner am vorigen Freitag im „Volkstreu“ unter obiger Spitzmarke veröffentlichten Notiz: Mit meiner Forderung: Notwendigkeit sofortiger Revision aller Gefängnis-Anstalten habe ich recht gehabt. Im Sitzungsbericht des Höfle-Ausschusses des preussischen Landtages vom 18. Mai sieht man u. a.:

Frage III teilt auf eine Frage mit, die letzte Revision der sämtlichen ärztlichen Verhältnisse der Anstalt, also auch der Anstalten, habe im November 1922 stattgefunden. (Bewegung). Die Sachverständigen und die Anstaltsmitarbeiter werden Dienstag vormittag das Lazarett und die Anstalten in Moabit besichtigen.

Bei einer Besichtigung der Moabiter Einrichtungen sollte man es nicht verwundern lassen, damit endlich die von mir kritisierte Zell-Methode: Einreihung oder Pellen und Pellen oder Einreihung einer individuellen Seilmethode im Gefängnis Platz macht. Der Höfle-Ausschuss darf nicht unjenseit getagt haben.

Sozialdemokratische Interpellation

Paris, 22. Mai. Die ständige Verwaltungskommission der französischen sozialdemokratischen Partei nahm eine Tagesordnung an, in der sie ihre Erregung über die aus Maroffo eingetragenen Nachrichten zum Ausdruck bringt, sowie ihrer Verantwortung bezüglich der Initiative, die die Regierung und ihre Vertreter in Maroffo ohne parlamentarische Kontrolle ergriffen hätten. Die Kommission betont die Notwendigkeit, sobald wie möglich dem Ministerien ein Einbe zu machen. Sie beantragt die parlamentarische Gruppe, beim Wiederauftritt des Parlaments die Regierung über ihr Vorgehen zu interpellieren und ihre Zustimmung zu allen Internenmaßnahmen zu verweigern, die eine Verletzung der guten Beziehungen zu den anderen europäischen Nationen und eine Verletzung der Rechte der Völker seien. Die Kommission fordert von den Bezirksvereinen der sozialdemokratischen Partei, daß sie ihre Kundgebungen in diesem Sinne organisieren.

Beifegung der Opfer der Zeche-tatastrophe

Dortmund, 20. Mai. Die Beerdigung der bei der Explosion auf der Zeche Dorffeld zu Tode gekommenen Bergleute fand heute unter großer Beteiligung statt. Aus äußeren und inneren Gründen war die auf dem Sportplatz vorgeordnete gemeinsame Trauerfeier in der letzten Minute abgefragt worden. Die Trauerzüge stellten sich auf dem Sportplatz nach den einzelnen Gemeinden, aus denen die Toten stammten, auf, um die von der Schachtanlage 8 der Zeche Dorffeld getragenen Toten einzureihen und nach dem Friedhof der betreffenden Gemeinde zu geleiten. Der Trauerzug nach dem Dorffelder Friedhofe nahm 21 Züge auf. Eingeleitet wurde hier die Trauerfeier mit Musik- und Gesangsbeiträgen des Arbeitervereins. Der Reichsarbeitsminister Brauns hielt darauf eine Ansprache und führte dabei aus: Das Jahr 1925 ist ein Unglücksjahr für den deutschen Bergbau. Nach der wenigen Jahren konnten nicht genug Kohlen gefördert werden, um den Reparationsverpflichtungen zu genügen. Deutsches werden die Kohlen auf den Kohlen. Viele tausende Bergleute bringen die Bergarbeiterschaft in Not und Sorge. Zu diesen materiellen Leiden kommen die seelischen Qualen aus den fortgesetzten sich wiederholenden Menschenmorden und Katastrophen. Worte des Trostes vertragen angesichts solch harten Schicksals. Trost kann es uns nicht entmutigen, im Gegenteil; der Opfergedanke unserer Kameraden soll uns anspornen, alles zu tun, um wirksame Maßnahmen im Kampfe mit den Gefahren des Bergbaues zu treffen. Alle Kräfte müssen daran gesetzt werden, daß die Bergleute bei ihrer schweren Arbeit im Dienste des Gemeinwohles an Leben und Gesundheit wenigstens soweit geschützt werden, als es menschlichmöglich ist. — Die Beerdigung geben wir den toten Kameraden zum Abschied.

Der Vertreter des Alten Bergarbeiterverbandes, Maimann, forderte energische Schritte der Regierung, um das Leben der Bergleute zu sichern. Nachdem noch ein Gewerkschaftsvertreter gesprochen hatte, wurden die Leichen von Geistlichen beider Konfessionen eingeseget. — Die kommunistische Partei hatte auch diesen Anlaß zu propagandistischen Zwecken benutzt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. — Anlässlich der Beerdigung der Opfer der Zeche-tatastrophe waren in der Stadt Dortmund sämtliche Kulturarbeit, Konzerte und Kinovorstellungen bis 5 Uhr nachmittags unterfragt.

Trodenlegung

In Nr. 109 des „Volkstreu“ brachten wir einen Artikel: „Vor der Trodenlegung“, der sich mit dem Entwurf zu einem Schankstättengesetz befaßt. Wir erlauben hierzu eine E n t g e g n u n g, die wir zum Ausdruck bringen, ohne uns jedoch mit allen Darlegungen des Verfassers einverstanden zu erklären.

Im Februar 1925 fand im deutschen Reichstage zum ersten Mal die Frage eines staatlichen Alkoholverbotes zur Debatte. Eine größere Anzahl Sozialdemokraten hatte den Antrag gestellt, die Reichsregierung möge den Entwurf eines Schankstättengesetzes wieder einbringen, der im Jahre 1923 schon einmal vorgelegt hatte. Demerswert war, daß in der Aussprache auch von Befürwortern des Antrages fast ausnahmslos behauptet wurde, sie hätten keineswegs die Absicht, in Deutschland eine Zwangsabschließung durchzuführen, es sei ihnen lediglich um die Befestigung des Alkoholmißbrauchs zu tun. Gegen ein solches Behaupten ist selbstverständlich nicht einzuwenden, sondern es verdient gebührend zu werden. Aber es muß doch genauer geprüft werden, ob die Bestimmungen des Schankstättengesetzes wirklich nur einer Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs zu dienen geeignet waren. Die Befürworter des Antrages sind sich der Folgen nicht bewußt gewesen, welche bei Annahme des Antrages eintreten hätten müssen. Für sie handelte es sich vielleicht nur um eine schöne Geste. Das ist aber die Gefahr einer solchen Gesetzesmacherei. Es handelt sich dabei in erster Linie um das sogenannte Gemeindefürsorgegesetz, b. h. die Möglichkeit, Maß und Art des Abzuges geistiger Getränke innerhalb einer Gemeinde durch eine allgemeine Volksabstimmung der wahlberechtigten Gemeindefürsorge festzusetzen. Dieser § 28 hatte folgenden Wortlaut: Durch Landesgesetz kann angeordnet werden, daß auf Verlangen ein Fünftel der zur Gemeindefürsorge berechtigten Bürger einer Gemeinde, oder eines Gemeindebezirks, darüber abgestimmt wird, ob in der Gemeinde oder Gemeindebezirk:

- 1. Für neu zu errichtende Gast- und Schankwirtschaften die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, künftig nicht erteilt werden darf.
2. Die Erlaubnis, geistige Getränke auszuschenken, für bestehende Gast- und Schankwirtschaften im Falle des Bestehens des Gesetzes erneuert werden darf.
3. Das Ausschänken und Verabfolgen geistiger Getränke a) nur im Kleinhandel, b) nur in Gastwirtschaften oder c) in Gastwirtschaften und Kleinhandel verboten werden soll.
Wenn 1/5 aller Wahlberechtigten sich an der Abstimmung beteiligen und 2/3 der gültigen Stimmen für das Verbot abgegeben werden, hat die Behörde entsprechend Anordnungen zu treffen. Eine neue Abstimmung kann erst in 5 Jahren wieder vorgenommen werden, wobei das gleiche Stimmverhältnis maßgebend ist.

Die Erlaubnis ruht während der Dauer des Verbotes im vollen Umfange und erlischt nach Ablauf von 12 Jahren. In diesen Bestimmungen werden verschiedene Arten von Abstimmungsmodalitäten vorgeschlagen, über deren Eigenart und die fortgesetzte Beunruhigung der Bevölkerung sich man im einzelnen klar sein muß. Gemeinsam ist allen Arten, daß nicht mehr die bestehenden Behörden (Stadttrat oder Bezirksamt), sondern die Wahlberechtigten die Entscheidung haben sollen, was rechtens sein soll. Jeder Einzelne, mag er noch so unerfahren sein, soll nicht nur darüber bestimmen, ob er selber noch geistige Getränke erhalten soll, sondern ob auch alle anderen, denen der Genuß ein Bedürfnis ist und geeignet genug find, sich in vernünftigen Grenzen zu halten, ein Jmang anferlegt werden soll. Das ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit, welcher mit Demokratie nicht das Geringste zu tun hat und auch niemals den Gompunkt einer politischen Partei sein kann. Sonst müßte jeder Kandidat, der sich zu einer Wahl stellt, sich unbedingt für oder gegen die Alkoholverbote erklären. Die Wahlkämpfe werden sich nicht mehr um die großen politischen Fragen drehen, sondern was der Bürger, in Zukunft noch offen oder trinken darf, welche Beschlüsse aus der Himmel! Diejenigen Abgeordneten, welche diese Frage forciert haben im Reichstage, haben über diese Handlung gewiß keinen Auftrag von ihren Wählern gehabt und sind für diesen Programmpunkt auch nicht gewählt worden.

Daß die Abstimmungen auch noch beschränkt vorgenommen werden können, ist wohl der Gipfel der Beunruhigung der Bevölkerung und hefte mit Kanonen auf Spaten schießen. Ebenso unüberlegt wäre es, Konfessionen immer nur auf eine bestimmte Anzahl von Einwohnern zu stellen. Das Bedürfnis hängt im hohen Grade von dem Fremdenverkehr und der sonstigen wirtschaftlichen Eigenart einer Gemeinde ab. Der Weltbewerbs sorgt ganz allein für einen Ausgleich. Es wird von den Abstimmenden wissenschaftlich verfahren, daß in der Nachkriegszeit eine große Anzahl von Wirtschaften eingegangen sind, wie ja überhaupt ihre Beunruhigungen über den Soziallokalismus

Die Wucherzöllnerlei der Bürgerblockregierung

Zeruerung und Not für die Massen — Profite für die Agrarier und Industriearone

die durch die Tariffragen widerlegt sind. Der Verbrauch ist gegenüber vor dem Kriege ganz erheblich zurückgegangen.

Noch bedenkllicher ist es, dass Abstimmungen darüber zugelassen, ob eine Geschäftsbildung im Falle eines Preiswunders weiter geführt werden soll oder nicht. Ganz zu schweigen von der Unverantwortlichkeit einer solchen Verwaltungspraxis würde das natürlich ganz in den Plan der abstinenzlerischen Arbeit passen. Sie hätten mindestens jede Woche Gelegenheiten, an die Wähler zu appellieren. Die weitaus wichtigste der vorgezeichneten Abstimmungsbedingungen ist aber die unter Ziffer 8. Aber gerade die große Ausdehnung der Abstimmungsbedingungen gibt den Abstinenzern die Möglichkeit, ihren Angriff auf den schwächsten Punkt zu konzentrieren und von da aus schrittweise zu ihrem Endziel vorzudringen. Wenn sie heute behaupten, ihr Endziel sei nicht ein Totalverbot, so spezifizieren sie dabei auch wieder auf die Gebundenheit der Menschen. In wie viel hundertsten von den Versammlungen haben sie wohl schon behauptet, daß man mit der Mäßigkeit den Mangel nicht beheben kann, daß man nicht weiß, wo diese anfängt und aufhört, also sei auch Mäßigkeit nicht zu betreiben.

In der Regel wird die Sache damit beginnen, daß der Antrag gestellt wird, den Ausschuss für Branntwein in den Geschäftsbildungen zu verbieten. Dafür werden nicht nur alle grundsätzlichen Gegner zu haben sein, sondern auch viele Anhänger des Mäßigkeitsgedankens, weil sie sich sagen, es wird ja Bier und Wein weiter getarnt sein. Aber schon nach kurzer Zeit wird sich herausstellen, daß man in der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs nicht einen Schritt weiter gekommen ist. Die Spirituosen werden in kleinen Dosen vertrieben, die jeder in der Tasche mittragen kann und da das Verbot eine besondere Mäßigkeit hat und viele Leute aus Trotz und Opposition dem Verbot ein Schnippchen schlagen wollen, so wird diese Mäßigkeit ausbeuten und gerade schwache Charaktere werden den Versuchungen am ersten unterliegen.

Darum wird der zweite Schritt kommen. Es wird beantragt, das Verbot auf den Weinhandel von Branntwein auszuweiten. Dann wird die gewöhnliche Heberzeugung eben andere Formen annehmen. Damit wird zum letzten Ende das Totalverbot für die Herstellung und den Verkauf aller Arten von geistigen Getränken begründet. Das ist die praktische Entwicklung in Amerika gewesen und man muß sich auch in Deutschland darüber klar sein, daß es keinen andern Weg geben wird, wenn erst einmal der erste Schritt getan ist.

Will man den Weg zu einem vollständigen Alkoholverbot gehen, so habe man den Mut, das deutsche Volk sofort vor die ganze Frage zu stellen. Diese kann nur lauten: Vollständiges Verbot — aber gar nichts!

Vor einem Kampf um diese Frage brauchen wir uns nicht zu fürchten, denn man wird in der Lage sein, den Nachweis zu liefern, daß sich in Ländern mit Totalverboten erwiesen hat, daß dadurch von einem Segen für das Volk keine Rede sein kann.

Es ist eigentümlich, daß jetzt plötzlich die Führer der Abstinenzbewegung den Anschein erwecken wollen, daß das Gemeinwohlbestimmungsrecht mit der Zwangsabstinenz nichts zu tun hat. Es gehört jahtens der Abstinenz ein großer Mut dazu, der Öffentlichkeit glauben machen zu wollen, daß sie für das Gemeinwohlbestimmungsrecht eintritt, ohne als Endziel die vollständige Totalentziehung im Auge zu haben. Das Gemeinwohlbestimmungsrecht für sich ist ein Unfuss, weil es zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs ein ganz untaugliches Mittel ist. Es kann also nur als eine Vorstufe für ein vollständiges Alkoholverbot in Frage kommen.

Es wäre daher zu wünschen, daß die Alkoholfrage so schnell wie möglich aus der Politik und Wirtschaft ausgehalten und in die Bahnen zurückverwiesen wird, wo sie bei manchen Leuten angebracht sein kann, in Belehrung und Erziehung.

E. Hilz.

Gemeindedepotistik

Bürgerausschussfassung in Sagsfeld

I. Sagsfeld, 19. Mai. Gestern Samstag fand hier die Bürgerausschussfassung statt, die am vorhergehenden Freitag wegen Beschäftigungsfähigkeit, hervorgerufen durch die Obitration der Wittwe, Weg, nicht beendet werden konnte. Der Punkt „Beauftragung von Bauarbeiten“ konnte endlich unter Dach und Fach gebracht werden. Bis zur Aufstellung des Voranschlags lag die Sache vorläufig 6000 Mark bewilligt. Die Wittwe, Weg, war wie umgewandelt, wahrscheinlich unter dem Druck ihrer eigenen Angehörigen. Große Enttäuschung herrschte allerdings bei der W. V. über unsern letzten Bürgerausschussentscheid. Daß den Herren die Wahrheit zu hören ein Grauel ist, wissen wir schon längst. Daß aber ihre Herr Vorherrscher das Unbehagen über diesen Artikel so offen zur Schau trägt, beweist, daß die Heide, die wir verabschiedet, gefesselt haben. Was er von „Nervosität“ unserer Richterherren fesselt, quillieren wir dankend. Wir freuen uns riesig, daß wir Leute in der Fraktion haben, die notwendig veranlagt sind; wir wurden allerdings erst durch die Ausführungen des Herrn Vorherrscher der W. V. darauf aufmerksam gemacht. „Nervöse“ Leute huldigen übrigens auch der Ansicht, daß man in wirtschaftspolitischen Fragen erst hört, bevor man urteilt und nicht mit „Paulen und Trompeten“ viel Lärm und Krach macht. Die „nervösen“ Zeitungartikel würden schon unterbleiben, wenn man nicht auf der anderen Seite im verhängenen Kämmerlein Propaganda machen würde. Ueberhaupt wurde von unserem Gen. Richter in der noch die Mahnung an die W. V. gerichtet, die Kleinräumigkeit beiseite zu lassen und in Fragen der Gemeindedepotistik sich nicht von Außenstehenden leiten zu lassen. Dann hören diese persönlichen Aufsichtungen sofort auf. Wir wissen allerdings nicht, welchen Eindruck diese Mahnung auf die W. V. gemacht hat. Offenbar aber nicht den eines „nervösen“ Gefährtes; denn sonst wäre ja unsere ganze Fraktion nervös und es wäre dann das seltsame Kuriosum zu beobachten, daß wirkliche und praktische Politik von „nervösen“ Leuten gemacht wird.

Wolfsartener. Bürgerausschussfassung. Auf 15. d. M. wurde der Bürgerausschuss zusammenberufen, um über den Verkauf von Wagnelände an Herrn Wagner, Metzger und Wirt hier und Herrn Frau in Erchingen abzustimmen. Dem Verkauf an Herrn Wagner wurde einstimmig zugestimmt. Ueber den Verkauf an Herrn Frau setzte eine längere teilweise aufgeregte Debatte ein, denn den Demokraten war der von uns beantragte Preis von 2 Mark pro Quadratmeter zu hoch. Die Vorlage selbst wurde trotzdem nach unserm Antrag gegen die Stimmen der Demokraten angenommen. Im Verlaufe der Debatte brachte es der demokratische Bahnarbeiter, Gemeinderat Köhlinger, unserer Fraktion einseitiges Handeln vorzuwerfen und unsern Gen. Gemeinderat Köhlinger als Lügner hinzustellen. Selbstverständlich ist über diese Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn die Sog. Fraktion läßt sich die Anschuldigungen von einer solchen Sorte Demokraten wie Gemeinderat Köhlinger nicht gefallen. Wir werden auf diesen Fall noch zurückkommen.

Der Reichsregierung hat ihre sogenannte kleine Zollvorlage der Öffentlichkeit übergeben. Am besten könnte man die Vorlage, die nur eine Uebergangszeit regeln soll, „kleine“ Vorlage nennen, denn sie umfaßt nicht weniger als 175 Seiten. Groß kann man sie nicht gut nennen, denn — um den Kern der Kritik vorwegzunehmen — sie enthält auch nicht einen Gedanken, der groß wäre und unserer Wirtschaftslage Rechnung trüge. Die ganze Vorlage bewegt sich in den Ueberlegungen eines rückständigen Hochschulzöhlnerleins, ohne auch nur ernstzunehmende Ausreden und Entschuldigungen dafür zu finden.

Der Entwurf schlägt zunächst die Wiedereinführung der früheren allgemeinen Getreidezölle vor. Der Zoll beträgt demnach pro Doppelzentner bei Roggen 5 Reichsmark, bei Weizen und Spels 5,50 Reichsmark, bei Gerste 2,30 und bei Hafer 5 Reichsmark. Um die Zerstückelung der Zolltarifbestimmungen nicht direkt in Erscheinung treten zu lassen und vorläufig hintanzuhalten, steht der Entwurf für eine Uebergangszeit bis zum Beginn des nächsten Getreideerntejahres, also bis zum 31. Juli 1926, ermäßigte Zölle vor und zwar pro Doppelzentner 3 Mark für Roggen, 3 Mark für Weizen, 2 Mark für Gerste und 3 Mark für Hafer. Diese Zölle sind, wie bereits gemeldet wurde, Mindestzölle, abgesehen von der Abänderung des Mindestzollfußes für Gerste. Danach dürfen die Zollsätze bei vertragsmäßigen Abmachungen bei Roggen nicht unter 5 Mark, bei Weizen nicht unter 5,50 Mark, bei Gerste nicht unter 2,30 Mark und bei Hafer nicht unter 5 Mark je Doppelzentner herabgesetzt werden. Der Entwurf bringt ferner den Vorschlag eines Zolles für Gerbstofftariffstellen. In der Fortkriegszeit erschien, wie der Reichsernährungsminister Graf Kanitz bei der Besprechung der Vorlage betonte, ein Gerbstofftariffzoll nicht notwendig, weil Deutschland unter Berücksichtigung der Lage auf dem Frachtenmarkt eine den deutschen Kartoffelbau gefährdende Konkurrenz vom Auslande nicht zu befürchten hatte. Die Vorlage geht nun von dem durchaus zu befreitenden Standpunkt aus, daß sich die Verhältnisse grundlegend geändert haben und befürwortet einen Kartoffelzoll in Höhe von 50 Pfennig je Doppelzentner, der angeblich den Unterschied der Produktionskosten des In- und Auslandes ausgleichen soll. Für die Zeit bis zum 31. Juli 1926 wird ein ermäßigter Uebergangszoll in Höhe von 25 Pfennig pro Doppelzentner vorgeschlagen.

Die dritte große landwirtschaftliche Zollfrage, deren Regelung im Entwurf unternommen wird, betrifft die Vieh- und Fleischzölle. Der Entwurf behauptet, daß die Entwicklung der deutschen Viehzucht gefährdet ist, weil sie ihre Erzeugnisse nicht zu Preisen absetzen kann, die in einem angemessenen Verhältnis zu ihren Produktionskosten stehen. Aus diesem Grunde wird die Wiederherstellung der allgemeinen Vorkriegszölle vorgeschlagen. Sie betragen bei Fleisch pro Doppelzentner 35 Mark, bei Geflügel 20 Mark, bei Schweinefleisch 24 Mark und bei Schmalz und schmalzartigen Fetten 8 Mark. Bei Geflügel, Speck und Wachsenfleisch sieht der Entwurf mit Rücksicht auf die drohende Zerstückelung für die Uebergangszeit bis zum 31. Juli 1926 ermäßigte Zollsätze vor und zwar für Geflügel und Wachsenfleisch in Höhe von 20 Mark je Doppelzentner (statt 45 bzw. 75 Mark) und für Speck in Höhe von 24 Mark (statt 98 Mark). Weiter regelt der Entwurf den Zollfuß für Gemüse, Obst, Gartenbauzeugnisse, Butter, Käse, Öle und Fette. Auch für Futtermittel ist eine Erhöhung des Zolles vorgeschlagen!

Die Regelung des Industriezolltariffsystems geht in der Vorlage davon aus, daß infolge Entwicklung der Technik in den letzten 20 Jahren unter die Sammelnummer des geltenden Tarifs jetzt Waren von der verschiedensten Art und den aller verschiedensten Werten fallen. Diese müßten zolltarifarig eigentlich gesondert behandelt werden. Das trifft z. B. zu bei den Tarifnummern des chemischen Abschnittes, bei einigen Maschinengruppen, bei der Elektrotechnik, bei der Eisen- und Stahlverarbeitung und beim Holzglas, wo im geltenden Tarif die hochwertigen Katalysatoren mit gewöhnlichem Preisglas in einer Position vereinigt sind. Die Tatsache, daß der geltende Zolltarif, so führt der Entwurf aus, Gewichtsätze und nicht Wertätze enthält, habe ferner zur Folge, daß die Zollsätze im Hinblick auf die Entwertung der Kaufkraft des Geldes usw. stark veraltet sind und daß ihre Wirkung vielfach abgeschwächt wird. Dieser Tatsache soll in der Vorlage durch eine Aufwertung der Zölle Rechnung getragen werden. Die Erhöhung des Nominalbetrages der Zölle in vielen Fällen begründet die Vorlage neben der Bekämpfung der Wirtschaft durch Steuern und Reparationslasten damit, daß Deutschland wegen der ungeheuren Kapitalarmut für das Reichskapital Risiken laufen muß, die viel höher sind, als die Risiken der Fortkriegszeit und vor allem auch viel höher als die Risiken, welche die Industrie der Konkurrenzländer aufzuwenden hat. Im weiteren verweist die Vorlage auf das protektionistische Zollsystem das die Konkurrenzländer Deutschlands eingeführt haben.

Zu allgemeinen stellen die vorgeschlagenen Zollsätze keine unberückbaren Mindestsätze wie bei den Agrarzöllen, also variable Sätze, dar. Eine Herabsetzung ist also möglich, wenn das die handelspolitischen Beziehungen und Verhältnisse erfordern. Besonders zu erwähnen sind die Automobil- und Traktorzölle. Hier verweist die Vorlage auf den ungeheuren Fortschritt, den das Ausland gegenüber der deutschen Industrie hat. Die Vorlage will der deutschen Industrie eine Frist gewähren, damit sie sich umstellen und den Vorschlag einholen kann. Bei Automobilen ist ein Zollfuß vorgeschlagen, der weit höher liegt als die sonstigen Zölle für Industrieerzeugnisse (350—450 Mark). Die

ser Zoll ist ein ausgesprochener Besonderezoll, der in halbstaatlichen Stufen auf einen normalen Betrag herabgesetzt werden soll. Bei Traktoren ist wahrscheinlich eine Spezialkonvention der Landwirtschaft, eine eigentliche Zollherabsetzung vermindert. Der Traktorenzoll hat auch Besonderecharakter. Im übrigen sind die Zölle für Textilien in größerem Umfang erhöht worden. Die Vorlage begründet das durch die Kapitalarmut der deutschen Textilindustrie und den schärferen Wettbewerb des Auslandes.

Eine große Zahl der vorgeschlagenen Zolländerungen entfällt auf die Chemie. Hier ist unter Berufung auf die chemische Nachkriegsindustrie in anderen Ländern ein Zollfuß vorgeschlagen, der im allgemeinen um 10 Prozent des Wertes der Produkte liegt. Diese Zölle tragen durchweg Kompensationscharakter. Es ist anzunehmen, daß man mit ihnen Zollausgleich in den Verhandlungen mit anderen Ländern ermöglichen will. Die Grundzölle der Eisenindustrie insbesondere der Hohlisen- und Stabeisenzoll, wird durch den Entwurf nicht berührt. Wo Veränderungen vorgenommen worden sind, beziehen sie sich auf Spezialerzeugnisse und Verfeinerungen, wie Eisenblech Perforierungen, kaltgezogenes und kaltgewaltes Stab- und Bandstahl, sowie Draht, ferner Feinbleche von 0,5 Millimeter und darunter, Kugellager und Blattfedern für Rasierapparate. Weiter ist eine, wenn auch in Schranken gehaltene Zollherabsetzung für die Kleinmetallindustrie vorgeschlagen. In Einzelfällen hat man auch der Maschinenindustrie Zölle eingeräumt. Die Veränderungen bestehen in der Hauptsache darin, daß einige besondere Arten, wie Gefinshochmaschinen, Druckluftwerkzeuge aus den Sammelnummern herausgenommen worden sind. Ebenso hat die Entwicklung in der Elektrotechnik eine Auflösung der Sammelnummer und eine Neugliederung notwendig gemacht.

Die vorgeschlagenen Tarifänderungen auf industriellen Gebiet beziehen sich auf 800 Tarifnummern mit ungefähr 700 Zollsätzen.

Bei Veröffentlichung der Zolltarifnovelle führt der Reichskanzler Dr. Luther vor den Vertretern der Presse aus:

Die vorliegende Zolltarifnovelle stellt keinen neuen Zolltarif, wie ihn die veränderten Verhältnisse notwendig gemacht haben, dar. Es sei eine vorläufige Regelung, die allerdings auf dem autonomen Tarif von 1902 aufgebaut sei. Dabei hätte zwischen dem Industriezoll und dem Agrarzoll unterschieden werden müssen. Für die Industriezölle habe sich die Notwendigkeit ergeben, die einzelnen Positionen dem gesunkenen Goldwert anzupassen. Das treffe vor allem auf die chemische und auch für die elektrotechnische Industrie zu. Bei den Agrarzöllen habe man von einer Anpassung der Position an den veränderten Goldwert abgesehen. Allerdings sei der Gedanke des Mindestzollfußes aufrechterhalten worden. Es sei bei den Agrarzöllen für die neue Ernte auch eine Schonfrist bis zum 1. Juli 1926 vorgeschlagen. Luther glaubt damit die Schärfe der einfließenden Zerstückelung vermeiden zu können.

Im übrigen begründet der Reichskanzler die Zollnovelle mit der Notwendigkeit, den Aufbau in der Landwirtschaft bereits schon im Herbst zu steigern, und weiter mit der Pflicht, die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zu beschleunigen. Die Erklärung des Kanzlers klingt etwas seltsam. Gerade gegenüber den Handelsvertragsverhandlungen haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß das Bestreben der Landwirtschaft, die völlig ungeduldeten Agrarzölle einzuführen, die Verhandlungen stocken ließen, zum Teil auch gefährdet und für Deutschland sehr ungünstig gestaltet haben.

Vollwirtschaftlich führte der Kanzler für den Zoll alle die Argumente an, die wir in den letzten Tagen in der agrarischen Presse zur Genüge gehört haben. Wir kennen diese Beweise für den Hochzoll, die volkswirtschaftlich sein sollen. Sie berücksichtigen die Lage des Produzenten und des Händlers, nur von der Lage des Konsumenten, dessen Kaufkraft unter Auswirkung der überhöhten Preise von Tag zu Tag sinkt, war in der Erklärung und der Beweisführung des Herrn Luther, der einstmals Oberbürgermeister einer ausgeprägten Arbeiterstadt war, und nun so unverfälscht agrarisch klinkt und handelt, keine Rede.

Mit Erlaunen werden die Konsumenten im Lande auch eine Auswertung des Grafen Kanitz vernommen, die vor der Berliner Presse gefallen ist. Der Herr Landwirtschaftsminister behauptete, wohl in Erinnerung an seine Preissteigerungspolitik während des vorigen Jahres, daß der „billigste Preis nicht immer der empfehlenswertere Preis wäre“. Dieses Wort paßt so recht auf die Unfähigkeit der ganzen Zolltarifnovelle. Außerdem bemerkte Graf Kanitz, es sei sein Ziel, daß die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren müsse. Darüber hinaus müßte Deutschland noch Exportland für Agrarartikel werden. Der Konsument in Deutschland hat damit so ziemlich Gewißheit, daß bis Graf Kanitz und die Seinen vom Landbau dies Ziel erreicht haben — wenn sie es überhaupt erreichen wollen.

Im übrigen verdient festgehalten zu werden, daß die vorgeschlagene Regelung, wie Reichskanzler Luther ausführte, bezüglich der Agrarzölle auch noch Uebergangsregelung ist. Man will sich also vorläufig mit den vorgeschlagenen Agrarzöllen begnügen und bei nächster Gelegenheit eine weitere Erhöhung durchzuführen. Für uns Sozialdemokraten kann das Urteil nur lauten: Hinweg mit diesem Kompromiß zwischen Großagrarier und Schwerindustrie, das den Verbraucher als Ausbeutungsbjekt behandelt. Fort mit dem Schutzoll!

Gerichtszeitung

Der Sprengstoff in der Tischkubade. In der Sitzung des Schwurgerichts am Dienstag fanden u. a. folgende Fälle unter Anklage: Ernst Karl aus Lauf wegen Diebstahls und Sprengstoffverbrechens. Im Verlaufe der Verhandlung gab der Angeklagte zu, sich den Sprengstoff zwar widerrechtlich beschafft zu haben, jedoch habe er — obwohl er K o m m u n i s t sei — den verwendeten Sprengstoff lediglich zum Sprengen von Stuppen benutzen wollen. Es wurde durch die Genämmerie festgestellt, daß er den Sprengstoff in Leichterfertiger Weise zu Hause in der Tischkubade aufbewahrt hatte, so daß nach Ansicht des Schwurgerichtes die schlimmsten Folgen hätten entstehen können. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Leichtfertigkeit, mit der der Angeklagte mit dem Sprengstoff umging und die sich hieraus ergebende Gefährdung von Leib und Eigentum Dritter eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht erkannte auf eine Gesamtgefängnisstrafe von 4 Monaten 1 Woche, auf welche die ersttens Untersuchungshaft in Anrechnung kommt. Strafmaß, denn bei Bemessung der Strafe die feierliche Unbescholtenheit des Angeklagten, sowie die vom Gericht als glaubhaft angegebene Angabe des Beschuldigten, monach dieser den Sprengstoff nur zum Stumpensprengen habe verwenden wollen.

Ein Spionagefall vor dem Oberlandesgericht in Karlsruhe. Durch den Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe wurde am 18. Mai ein Verführer aus Stettin, der im Dienst eines französischen Nachrichtenbüros sich als Spion betätigt hatte, auf Grund des Gefehes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse zu drei Jahren neun Monaten Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust verurteilt. Außerdem wurde auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Aus dem Freistaat Baden In den letzten Tagen

Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ in Mannheim leidet stark am Abonnentenschwund. Die Verbreitung einer Parteizeitung bildet immer einen zuverlässigen Maßstab für die Stärke oder Schwäche einer Bewegung. Nach uns aus Mannheim im vergangenen Winter, das wird nach außen hin natürlich verheimlicht; wir finden aber in der Dienstag-Ausgabe des kommunistischen Organs eine Notiz, die unsere Informationen glatt bestätigt. Da heißt es in einer Bekanntmachung des Verlages:

Wir werden ab heute wegen Nichtabführung lastiger Gelder folgenden Ortsgruppen die Zeitung sperren: Ettlingen, Wiehl und Ziegelhausen. Es handelt sich bei dieser Maßnahme zunächst um solche Orte, die schon seit Monaten dem Verlag die Gelder vorenthalten. Wir bemerken ausdrücklich, daß wir unsere Maßnahme noch erweitern werden, falls in der Abrechnung eine Besserung nicht eintritt.

Da haben wir das volle Eingeständnis. Selbst Orte, wie Ettlingen, liefern nicht mehr ab und schulden seit Monaten dem Verlag die Gelder. Und solche Leute werfen sich täglich zum politischen Schiedsrichter über die „verräterische Sozialdemokratie“ auf.

In sich ist die Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ das einzige Zeitungsorgan, das die Kommunisten in Baden führen. Man sollte meinen, dieses müßte die Moskauer Junger Spielend leicht über Wasser halten können. Nichts davon! Die kommunistische Bewegung kann nur zerstören, schimpfen und die Arbeiterbewegung schädigen. Daran geht sie zugrunde. Besser natürlich heute wie morgen! Die Lage der „Arbeiter-Zeitung“ scheint geschildert zu sein.

Aus dem Rechtsplegeausschuß des Landtags

Die Kosten der Jagdpässe

Die im Verwaltungsausschuß, dessen Abänderung der Rechtsplegeausschuß des Landtags am Dienstag beraten hat, neu geregelt. Ein Reichsdeutscher hat danach für einen Jagdpass, auf 1 Jahr lautend, 50 Mark zu zahlen, ein Ausländer 200 Mark (die Regierung hatte nur 150 Mark vorgeschlagen), die Vorbesitzer und Jagdpassbesitzer 5 bis 20 Mark. Wochen-Jagdpässe kosten 10 Mark. Man war der Meinung, daß die Ausländer ohne weiteres 200 Mark zahlen können, wenn sie auf deutschem bzw. badiischem Boden jagen dürfen. Aus einer von der Regierung vorgelegten Statistik war ersichtlich, daß solche Auslandsjagdpässe im Jahre 1923/24 ausgestellt wurden 168, im Jahre 1924/25 sogar 206. Also scheinen die Ausländer immer noch gern die deutschen Jagden zu bevorzugen.

An Inländern stellte man 1923/24 Jagdpässe aus 7844, im Jahre 1924/25 nur 5388. Vereinnahmt wurden für sämtliche Jagdpässe im Jahre 1924/25 insgesamt 836 210 Mark, immerhin ein beachtlicher Betrag für die Ausübung des Jagdsports. Der Rechtsplegeausschuß nahm am Verwaltungsausschuß — Berichterstatter Abg. Schneider (Ztr.) — einige Änderungen vor. Die Sozialdemokratie protestierte gegen den Antrag eines deutschnationalen Berichterstatters, daß man bei der Verteilung einer Jagdschicht von Bauvorschriften nur 50—100 Mark an Sporteln zu zahlen hat, während die Regierungsvorlage dafür 5—400 Mark angesetzt hat. Leider wurde der deutschnationale Antrag mit 10 gegen 5 (sozialdemokratische) Stimmen angenommen.

Die Frage der Zwangsimpfung

Die Frage der Zwangsimpfung rollen zwei Eingaben aus Pforzheim und Mannheim auf, welche der Rechtsplegeausschuß zu verhandeln hat. Berichterstatter war Abg. Wiedemann (Ztr.). Die Petenten erklärten sich als Gegner der Zwangsimpfung. Der Ausschuß wollte das Für und Wider in der Impffrage nicht entscheiden, sondern überwies die zwei Eingaben der Regierung zur Kenntnisnahme. Deren Vertreter, med. Rat Dr. Kuhnmann, hielt einen kurzen informierenden Vortrag, der in seinen Schlussfolgerungen in der Ratensitzung der Zwangsimpfung gipfelte. Durch diese hätten sich in allen Ländern die Sterbefälle an Malaria in hohem Maße vermindert. In England, wofolst die sog. Malariaimpfung eingeführt sei, hätte man viel mehr Malaria-Erkrankungen, wie in Deutschland, wofolst bei der Malaria-Epidemie in den Kriegsjahren 1918/17 fast nur Leute über 40 Jahre erkrankten. Die englische Malariaimpfung besagt, daß Eltern und Pfleger eines Kindes wegen Impfung nicht straffen sind, wenn sie innerhalb der ersten 4 Monate nach dessen Geburt protokollarisch der Behörde die Erklärung abgeben, daß sie nach Überzeugung und Gewissen die Befürchtung haben, die Impfung könne der Gesundheit des Kindes nachteilig sein. Das englische Weistat sei für Deutschland nicht ermunternd. In Baden sei seit 1922 kein Malariafall zu verzeichnen gewesen. Bei der Impfung würden nur feinfreie Instrumente benutzt; es dürften nur gesunde Kinder und Schüler geimpft werden. Die Tiere, von welchen die Impfung gewonnen werde, würden sorgfältig untersucht. Die erhaltene Impfung erlaube im Institut für ansteckende Krankheiten in Heidelberg gründliche Untersuchungen. Bevor öffentliche Impfungen vorgenommen würden, erfolgten erst Probeimpfungen von Kindern. Auch den Angehörigen der Bestimmungen und der Schüler würden Verhaltensvorschriften zur Verfügung gestellt. Kurz, es geschähe alles, um etwaige Erkrankungen durch das Impfen zu verhindern. Mit Sicherheit dauere der Impfschutz im allgemeinen 10 Jahre. Zusammenfassend kann gesagt werden; Jegliche Durchbrechung des derzeit bestehenden Impfschutzes habe unübersichtbare gesundheitliche und wirtschaftliche Schädigungen zur Folge.

In der Aussprache wurde noch hingewiesen auf die Erfahrungen des Krieges. Ohne die in dieser Zeit an den Soldaten vorgenommenen Impfungen hätten wir bei der vierjährigen Dauer sicher eine größere Anzahl von Seuchen bekommen, während wir durch die Impfungen im allgemeinen davon verschont worden sind. — Von einem sozialdemokratischen Vertreter (Ztr.) wurde nur beklagt, daß das Impfen der Kinder zu sehr im Gange gehe; die Kinder hätten zu große Angst. Die Lehrer sollten bei der Vorbereitung der Kinder mehr beachtet werden. In seiner schließlichen Schulzeit sei ihm, dem Redner kein Fall von Erkrankung durch die Impfung der Schulkinder bekannt geworden. — Von anderer Seite wurde hierauf erwidert, daß

die Ärzte sehr vorsichtig und gewissenhaft zu Werke gingen. — Daraufhin wurde der oben bemerkte Beschluß gefaßt.

Landbund, Beamten-Abbau und Finanzämter.

Die Bezirksgruppe Kehl des bad. Landbundes hat sich im vorigen Herbst mit den Graspreisen, den Steuern für Landwirte, der Beziehung des Landbundes zur staatlichen Regelung landwirtschaftlicher Angelegenheiten usw. beschäftigt und dem Landtag, was ja sehr bequem ist, diese Forderungen unterbreitet. Dessen Rechtsplegeausschuß beschäftigte sich am Dienstag damit; er konnte mit diesen Forderungen nicht viel anfangen und überwies sie — aber nur zum Teil — der Regierung zur Kenntnisnahme.

Mehr Beachtung erheischte die Debatte über die badischen Finanzämter, welche angeblich die eingegangenen Beschwerden der Landwirte nicht beantworten und die Geschädigten im unklaren über das Schicksal ihrer Eingaben lassen. Besonders wurde über das Finanzamt Thiengen bei Waldshut geklagt. Dort habe man erklärt, die amtierenden Beamten — es sind 27 — seien zu wenig; man könne nämlich die eingelaufenen Gesuche über Steuerhinderung, zu hohe Steuererschätzung usw. beantworten. Auf diesen Standpunkt stellte sich nun der Rechtsplegeausschuß nicht; der Staatsbürger könne auf Eingaben an die Behörden auch Auskunft verlangen. In dieser Hinsicht müßte bei dem Finanzamt Thiengen nach dem Recht gesehen werden. Aber es wurde doch auch hervorgehoben, daß der Landbund eigentlich kein Recht zu solchen Klagen habe. Das Gebot der Kemer hänge mit dem Beamtenabbau eng zusammen. Man habe zu viele Beamten abgebaut und manche staatlichen Institute könnten die Arbeiten nicht mehr bewältigen. Der Landbund sei es gewesen, welcher den seinerzeitigen Auf nach Abbau und Entlassung von Beamten am nachhaltigsten erhob habe. Jetzt wundere er sich über die erzielte Wirkung. Auch sonst wisse man, daß der Landbund kein Freund der Beamten sei.

Es war nicht viel, was die Landbundsvertreter hierauf antworteten. Man hat eben immer das Empfinden, der Landbund will in jedem Falle Opposition treiben, und wenn der Landtag nicht die Landbunds-Anliegen prüft, fallen sie in sich zusammen. Dieses Ergebnis hatte auch die Dienstags-Aussprache im Rechtsplegeausschuß.

Die Maul- und Klauenseuche

Ist eine tödliche Krankheit und schädigt den Viehbestand eines Landes außerordentlich. In längeren Ausbreitungen wie dies die Abg. Sed (Ztr.) als Berichterstatter im Rechtsplegeausschuß nach, als erfolgendes Antrag der Landbunds-Abgeordneten behandelte: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß mit Rücksicht auf die Gefahr der Verschleppung der Maul- und Klauenseuche Schladitz und Schlachthäuser, die von außerhalb der Landesgrenze eingeführt werden, nur an die großen Schlachthöfe gelangen dürfen, und daß den kleineren Städten und Landorten nur geschlachtetes Vieh und geschlachtete Schweine von den großen Schlachthöfen zugeführt werden dürfen.“

Sed konnte feststellen, daß das Ministerium auf diesem Gebiete getan habe, was nur irgend wie möglich sei. Alle erdenklichen Vorkehrungsmaßnahmen seien von ihm ergriffen worden. Er forderte lediglich ein schärferes Einschreiten der Aufsichtsbehörden, wenn ein Landwirt das Ausschleppen der Maul- und Klauenseuche in seinem Stalle verheimliche und dadurch den Viehbestand ganzer Dörfer in Gefahr bringe. Mit allen gegen die zwei Stimmen der Landbundsvertreter wurde der Antrag abgelehnt; seine Einreichung war überflüssig.

* Kreisversammlung Karlsruhe-Pforzheim. Wie üblich, soll auch der diesjährigen Kreisversammlung eine Vorber- sprechung der sozialdemokratischen Mitglieder vorausgehen. Sie findet am Montag, 25. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Fraktionszimmer der Partei im Landtag (Mitterstraße) statt. Es wird um vollständiges und rechtzeitigiges Erscheinen aller unserer Kreisabgeordneten gebeten.

Das neueste schwarz-weiß-rote Dübenschüß

Noch sitzen eine ganze Reihe Bürger von Durlach in Unterjuchungshaft, ihre seelischen Not und Pein steigert sich von Tag zu Tag; bald sind sie soweit, daß sie unter dem Druck einer wochenlangen Unterjuchungsfolter ihren Zusammenbruch erleben und in ihrer seelischen Qual selbst zugeben, wenn es verlangt wird, daß sie mit Mähdrehten wehren und Häubchen geschossen haben. Nach hartem Kampfe hatte es die Frau eines der Inhaftierten erreicht, daß der Untersuchungsrichter, über dessen Verhalten den Frauen der Gefangenen gegenüber uns bittere Klagen vorgebracht werden, den Besuch des verhafteten Mannes gestattete, geschäftliche Angelegenheiten machten es dringend notwendig. Der Mann, der nun 4 Wochen festgehalten wird, der von seiner Unschuld felsenfest überzeugt ist, brach auf seinem Stuhle halbtot zusammen und konnte nichts, wie fassungslos weinen!

Der neueste schwarz-weiß-rote Fall! Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat bekanntlich nach dem Tode des Reichspräsidenten Ebert beschlossen, eine Straße nach dem Namen des verstorbenen Reichspräsidenten zu benennen. Der Namen der bisherigen Walhallastraße wurde daraufhin in Ebertstraße umgedeutet. Die Straße ist eine der westlichsten Straßen der Stadt Karlsruhe, sie liegt in der Nähe des „Kühlen Krug“, die Wehlien- und Eisenlohrstraße senkrecht auf sie zu und endigen bei ihr. Die Straße ist nur aus der einen östlichen Seite mit Häusern bebaut, an der westlichen Seite ziehen noch Gärten hin. Gegenüber der Einmündung der Wehlien- und Eisenlohrstraße hatte nun das Tiefbauamt einen Pfahl eingebaут mit dem Straßenschild und der Bezeichnung „Ebertstraße“. Dieser Pfahl mit dem Schild wurde nun in der Nacht vom letzten Freitag auf Samstag regelrecht ausgegraben, das Schild abgerissen und gestohlen und der Pfahl in den Garten einer Gärtnerei ge-

worfen. Auch das Straßenschild an dem Hause Ecke Wehlien- und Ebertstraße ist weggerissen und entfernt worden. Es stand aber hier noch die Bezeichnung Walhallastraße darauf, was die Täter in der Nacht wohl nicht bemerkten. Die Arbeit war keine leichte, die Täter müssen längere Zeit gebraucht haben, denn es wurde ein regelrechtes vieredriges Loch, offenbar mit Hacke und Spaten gegraben, etwa 1/2 Meter tief; die Schilder sind stark in das Gemäuer eingelassen, es gehört erhebliche Kraft, aufwendung dazu, solch ein Schild loszureißen.

Es kann natürlich kein Zweifel darüber bestehen, wer dieses neueste Vandalentum verübt hat. Jener Stadtteil, Eisenlohrstraße, Hälsch, Bunjen-, Wehlien-, Mitter-, Liebigstraße, auch der westliche Teil der Kriegsstraße, ist am stärksten nationalistisch versetzt. Im Wahllokal dieses Bezirks, dem 15. Wahlbezirk, in der Pestungsschule, wurden aus diesen Straßen jeweils die meisten Reichsstimmen abgegeben, weit mehr wie in jedem andern Bezirk der Stadt. Pensionierte Offiziere, höhere Staatsbeamte in und außer Dienst, eine Anzahl Kleinmeister, Handwerker, Bauunternehmer und dergl., die sich in diesem „seinen Milieu“ groß fühlen, bilden den Hauptteil der Bevölkerung jenes Stadtbezirks. In keinem Stadtteil machen sich auch die jungen Bengels so frech bemerkbar wie hier, nirgends werden die Träger von schwarz-rot-gold so sehr belästigt, wie da draußen; ein Plakat der Linkspartei bleibt nie länger wie ein paar Stunden an den Plakatstangen hängen, in der ersten Nacht wird es abgerissen; kein Fensterstimm, keine Haustüre, keine Laterne bleiben von den rüchigen Hindenburg-Ketter-Jetteln verschont!

Es ist doch auch bezeichnend: Seit acht Tagen ist nun der Posten entfernt. Niemand aus den angrenzenden Häusern hat es für nötig gehalten, vom Schandstück der Polizei oder dem Tiefbauamt Mitteilung zu machen. Kein Zweifel ist also, daß die organisierte schwarz-weiß-rote Nachtstreife den Diebstahl, die Sachbeschädigung und den groben Unfug verübt hat. Wir möchten nun doch ernstlich anregen, zu erwägen, ob nicht in jenes Viertel mitten unter die reaktionäre Gesellschaft hinein eine Polizeiwache gelegt werden soll. Das Treiben der nationalstolischen Stralche wird immer mehr zu einer öffentlichen Gefahr; es ist dringend nötig, daß durch vermehrte Polizeistärke der anständige, republikanische Teil der Bevölkerung, der unter jener Gesellschaft wohnen muß, geschützt wird.

Wir sind gespannt, was der Protektor der Hafenkreuzer, das „Karlsruher Tagblatt“ zu diesem neuesten Vandalentum seiner Liebigen sagen wird, wie wir auch neugierig sind, ob die sehr ehrenwerte, auf ihren sogenannten höchsten eingebildete „Badische Presse“ etwas zu diesem Unfug zu bemerken hat. Der Staatsanwalt wird selbstverständlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes, mit aller Umsicht und Energie die Verurteilung des Falles aufnehmen. Wie es sich für eine republikanische Behörde ziemt!

Gewerkschaftliches

Aus der badischen Tabak-Industrie

In der am 19. Mai erneut stattgefundenen Lohnverhandlung für die badische Zigaretten-Industrie in Karlsruhe ist es doch noch zu einer Verständigung gekommen. Der Spitzenlohn für männliche Arbeiter beträgt von der laufenden Lohnwoche 86 Pfg. pro Stunde, für weibliche Arbeiter 83 Pfg. Die Lohnhöhe beträgt rund 8 Prozent gegenüber den bisherigen Löhnen.

Dieser Erfolg wäre ohne Organisation nicht möglich gewesen. Von der badischen Zigarettenarbeiter-Gesellschaft gehören über 90 Prozent dem freien Tabakarbeiter-Verband an. Es ist höchste Zeit, daß der letzte Tabakarbeiter, ob in der Zigaretten- oder in der Rauchtobakindustrie beschäftigt, sich dieser Organisation anschließt. Eine einheitliche, kraftvolle Organisation, wo jedes einzelne Mitglied seiner Pflicht bewußt ist, kann am besten und schnellsten unsere traurige wirtschaftliche Lage dauernd bessern. Also sucht überall Anschluß an den Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Lohnt Euch von keiner Seite abhalten, handelt wie es vernünftigen Arbeitern gebührt.

Auch für die deutsche Rauch- und Schnupftabak-Industrie ist es auf Zentraler Grundlage zu einer Verständigung gekommen bei den Verhandlungen in Berlin. Die Lohnzulage beträgt ab 7. Mai 10 Proz. Außerdem wurde in einer Preisliste der Ortszuschlag um 10 Proz. erhöht, sodas in diesen Preisen eine Erhöhung der Löhne um 20 Proz. eintritt. Auch hier muß bemerkt werden, daß in diesen Berufsgruppen rund 95 Proz. aller Beschäftigten dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband angehören.

Die Zigarettenarbeiter mögen aus diesen Tatsachen die richtige Aufmunterung ziehen. Jede Abspaltung ist von Schaden für die Arbeiterklasse. Da auch die jetzigen Lohnregelungen nicht genügen in Anbetracht der Teuerung, muß weiter die Macht der Tabakarbeiter konzentriert werden in einer einheitlichen Organisation.

Markt und Handel

* Vereinsbank Katt. In der Generalversammlung vom 19. ds. Mts. wurde die Bilanz und die vorgeschlagene Gewinnverteilung, die den Mitgliedern eine 20prozentige Veranschlagung ihrer Einlagen für das vergangene Jahr gewährt, genehmigt. Direktor Günther teilte mit, das aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, das sowohl für die durch die Inflation zerstörte Geschäftsbilanz als auch für die allen Spareinlagen Rückstellungen bereits gemacht sind und gemacht werden.

Ein wichtiger Termin fällt am Dienstag, den 2. Juni 1925, um 6 Uhr, ab. Spätestens bis dahin muß nämlich die Erneuerung der Rolle zur 3. Klasse der 25. 251. Preuß.-Süddeutschen Klassenlotterie bei dem zuständigen Lotterie-Einnehmer erfolgt sein. Andernfalls verliert der Spieler sein Anrecht auf das Geld der 3. Klasse und in Anbetracht des zur Zeit herrschenden Mangels an Rollen, die Möglichkeit zum Weiterspielen in dieser Lotterie ist ihnen so außerordentlich günstigen Gewinnchancen. 561 Dieziehung 3. Klasse beginnt am Dienstag, den 9. Juni 1925. Es kommen 16 000 Gewinne im Gesamtwert von 2 400 000 Reichsmark zur Auspielung. Die Höchstgewinne betragen 2 mal 100 000 Reichsmark, 2 mal 50 000 Reichsmark und 2 mal 10 000 Reichsmark. Außerdem werden zahlreiche mittlere und kleinere Gewinne ausgeteilt.

Pianos - Harmoniums

erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen

Karl Lang

Kaiserstrasse 107/1
Telefon 1075
Salamander - Schuhbau.

Mus dem Lande

Durlach

Die Ortkantonalversammlung hielt am letzten Dienstag abend im Rathsaussaal ihre satzungsgemäße Ausschusssitzung ab. Die Ausschusssmitglieder waren zahlreich erschienen. Das vorgelegte Rechnungsergebnis pro 1924 ist nicht ungünstig; es erbringt bei M. 312 622 Einnahmen und M. 295 633 Ausgaben eine Ertragsüberschuss von M. 17 000 rund, wozu noch der am 1. Januar 1924 vorhandene Kassensbestand von M. 14 000 zuzurechnen ist, so daß die Kasse mit einem Betriebsfond von rund M. 31 000 ins neue Geschäftsjahr eintritt.

Bretten

Sozialdemokratische Partei. Es sei nochmals auf die am Sonntag abend 8 Uhr im „Württemberg Hof“ stattfindende ordentliche Generalversammlung hingewiesen. Da nach längerer Zeit wieder eine Parteiverammlung stattfindet, ist es Ehrenpflicht sämtlicher Mitglieder, insbesondere der Bezirksgemeinschaften, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Bruchsal

Die Versteigerung des Grundbesitzes der nicht verpachteten Grundstücke wird genehmigt. Anschlag 552. - Markt, Erlös 897,20 Mark. - Der Firma B. Schmitz, Kühlerei, wird die Erlaubnis erteilt, Arbeiten im Anschluß an das Gas-, Wasserleitungs- und elektr. Ortsnetz innerhalb ihres Anwesens selbst auszuführen. - Dem Gesuche eines Großabnehmers um Ermäßigung des Strompreises über den zurzeit gültigen Tarif hinaus kann nicht entsprochen werden. - Ein Antrag auf Grundstücksabtrennung wird erledigt. - Die Einleitung des Abwassers des Durchgangsweiges im Stadigarten durch Anbringung eines Betonrohrs mit Eisenhängen war ein Kostenantrag über rund 2000 Mark vorgelegt. Es ist jedoch nicht möglich, diesen verhältnismäßig hohen Betrag im Haushaltsplan 1926/27 unterzubringen. - Bei Behandlung dieses Gegenstandes wird erneut lebhaft über die Lage des Ortes diskutiert, das einem Teil der Bevölkerung für die Erhaltung der Anlagen, Straßen usw. auch das geringste Verständnis abgeht. Nach den verschiedenen Gegenständen zu schließen, ist es auch die größere Jugend, die von dem Materialismus befallen ist. An alle Einwohner, die ein derartiges Verhalten bezweifeln, ergeht die Bitte, die Stadtgemeinde in dem Bestreben nach guter Instandhaltung der Anlagen unterstützen zu wollen. - Die durch den Tod der Frau Dultenhofer in dem fädt. Hause Karl-Friedrich-Str. 1 freigeschaffene Wohnung wurde an den Wiedener Karl Pfeffer vermietet. Der mit ihm abgeschlossene Mietvertrag wird genehmigt. - Für die weitere Verdringung im neuen Friedhofe müssen neue Felder erschlossen werden. Dabei steht der Gemeinderat davon ab, den Platz westlich des jetzt vorhandenen Beerdigungsfeldes hierfür vorzusehen. Derselbe soll als Anlage erhalten bzw. hierzu noch bestimmt werden. Dabüch ist es geboten, über die Mauer hinaus nach Norden Raum zu schaffen. - Bezüglich der Erweiterung von Beerdigungen wird grundsätzlich bestimmt, daß für Beerdigungen ein Darlehen in Höhe von zwei Dritteln des normalen Betrages festgesetzten Darlehens gewährt wird. - In 8 Fällen wird die Höhe der zu gewährenden Beerdigungen festgesetzt. - Der Entwurf einer Steuerordnung über die Erhebung einer Grundsteuerabgabe wird mit einigen Abänderungen gutgeheißen. Die Zustimmung des Bürgerausschusses wird eingeholt. - Anlässlich des Juli-Marktes soll der alljährliche Ziegenmarkt mit Prämisierung abgehalten werden. - Zwei Bau- Gesuche werden dem Bezirksamt unter Begutachtung vorgelegt.

Aus dem Abtal

Ettlingen. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Die eingekleideten Kameraden treffen sich heute abend 9 Uhr am Exergierplatz. Es wird vollständiges Erscheinen erwartet. Die Abschiedsfeier für den Gen. Ritter, die gestern abend in der „Krone“ stattfand, gefühlte sich zu einer herzlichen Sitzung des Scheidenden und seiner Angehörigen. Zahlreich waren die Mitglieder der freien Arbeitervereine herbeigeeilt, um ihrem lieben Freunde noch ein letztes Lebenswort zu sagen. Die Aufsichtseinstellung der Naturfreunde und der Arbeiterjugendverein „Eintracht“ verabschiedeten den Abend durch Musik- und Gesangsbeiträge. Gen. Glanz überreichte der Familie Ritter zum Andenken an den Ettlinger Parteiverein den Leinwandtuch „Gärtenhoben“, Herr Engelmann vom Wiedersbachverein, dessen Vorsitzender der Scheidende war, eine schöne Leinwand, und eine Mappe mit Federzeichnungen von hier. Des ferneren sprachen noch Worte des Dankes und Abschiedes Gen. Lichtenberger für die Arbeiter-Schützen, Gen. Leppert für die Naturfreunde, Gen. Martin für den Reichsbund der Arbeiterbeschäftigten, Gen. Krüger für die Metallarbeiter. Ferner überbrachte Herr Hauptlehrer Becker Grüße und anerkennende Worte von Seiten aus dem bürgerlichen Lager und Gen. Lohse-Karlruhe widmete persönliche Abschiedsgrüße. In den Neben wurde hervorgehoben, welche tüchtigen Mitarbeiter wir auf

so vielen Gebieten des sozialen Lebens verlieren. Muttergütige Nächstenliebe und Aufopferung waren die Grundeigenschaften des Scheidenden. Der Scheidende war ein glänzendes Vorbild für alle Arbeiter. Auch der Genossin Ritter wurde gedankt für ihre Mitarbeit in der Partei und auch für die besten Wünsche in die neue Heimat Amerika mitgegeben. Die ganze Veranstaltung war eine aufrichtige Ehrung für die scheidende Familie Ritter. Nochmals rufen wir ihr ein herzliches Lebewohl zu! Nie vergessen werden wir, was uns der Gen. Ritter in seiner 17jährigen Mitarbeit in unserer Partei geleistet hat.

Alchern

Aus dem Gemeinderat Die Lieferung einer Brühboittsch-Anlage für das fädt. Schlachthaus wird einer Spezialfirma zu ihrem Angebot übertragen. Die erforderlichen Mittel sollen im Haushaltsplan 1926/27 Aufnahme finden. - Für Baufostenbeiträgen soll beim Bürgerauschuss ein Kredit von 100 000 M. angefordert werden. - Einem diesbezüglichen Antrag entsprechend werden an der Hauptstraße beiderseits der Bahnunterführung 2 Warnungstafeln für Autos und Motorradfahrer angebracht. - Ein Antrag auf Befreiung von der Gebäudesteuer wird abgelehnt. - 2 Hausgrundstücke werden zwecks Umnotifizierung genehmigt. - An den Besitzverein für Jugendschutz und Gefangenenerziehung Alchern wird, wie vor dem Krieg, ein jährlicher Beitrag aus der Stadtkasse bewilligt. - Die Baubewilligung für die Badeanstalt in der Höhe wird für Frauen und Mädchen auf Mittwoch und Freitag, jeweils von 1 Uhr nachmittags an, festgesetzt. - Während dieser Zeit ist die Benutzung der Badeanstalt für andere Personen bei Strafe verboten. - Unzus oder Verunreinigungen am Badesplatz haben neben Verweisung vom Badesplatz zu bewirken. - Als Zugang zum Badesplatz dürfen keine unmaßstäblich strenge bestraft. - Ein Baugesuch wird seitens der Ortsbaukommission nicht beantragt. - In den Wahlauschuss für die Landratswahlkammerwahlen am 7. Juni ds. Jz. werden ernannt: Landwirt Josef Schenel, als Vorsitzender, Landwirt Karl Graf, als Beisitzer und stellv. Vorsitzender, Landwirt Karl Jörger, als Beisitzer, Dienstknecht Jganz Schür, als Beisitzer, Dienstknecht Johann Striebel als Stellvert.

Offenburg

Unter etwas schwächerer Beteiligung wurde am Dienstag in die Spezialberatung eingetreten. Als erster Redner nahm Stadt. Berl (Sos.) das Wort, um beim Titel Reichspostgelegenheiten gegen die Aufhebung der Gemein- und Kaufmannsgerichte zur Geltung zu bringen. Kammerpräsident gab zu, daß die Aufhebung geplant sei, er ist auch der Meinung, daß dies kein Schritt bedeute. Einmal würde das Verfahren nicht so schnell vor sich gehen und komplizierter werden. Die Städte haben sich jedoch für die Aufhebung ausgesprochen, teilweise aus finanziellen Gründen. Der Redner beantragte, in anbezug der Veränderung, die in diesem Jahr folgende Wahl um ein Jahr zu verschieben. - Stadt. Hoffmann (Sos.) verlangte die bessere Bekanntheit der Wahlbestimmungen. Stadt. Dr. König wünscht, daß die Polizei den Kraftwagenführern mehr auf den Leib rüde, ebenso Stadt. Burkart (Dem.) und Dr. Klingelhoffer (Sdp.) und Stadt. Ertel (Sdp.) und Haberer (Sos.). Stadt. Dehnbach fragt an, ob der Staat den Städten für polizeiliche Arbeiten, die dem Staat obliegen, Entschädigung gibt; wenn nicht, solle der Stadtrat dies beantragen. Der Oberbürgermeister gibt bekannt, daß die Frage schwebend durch den Staat erledigt wurde. Es soll aber alles gehen, um so viel wie möglich Abhilfe zu schaffen, jedoch gehen nur Ueberwachungen der entsprechenden Schutzleute deren Zahl infolge des Abkommens vermindert wurde, und die heute ziemlich viel Dienst tun müssen. Die Polizei habe ein scharfes Auge auf Uebertretungen und es wird auch mit Strafen viel scharfer vorgegangen als in der Vorjahressaison. Beim Titel Baupolizei sprach sich Stadt. Berl (Sos.) gegen das wilde Bauen aus und verlangte erhöhten Bauarbeiterlohn. Stadt. Dehnbach besaß den unangehörigen Wasserentwurf der letzten Lage, wodurch der Ausbruch eines Brandes große Gefahr entsehe, Bürgermeister Blumenstock sichert zu, daß die Baupolizei dem wilden Bauen und dem Bauarbeiterlohn immer ein Auge zuwenden werde.

Beim Titel: Gesundheitspolizei wandte sich Stadtrat Bekker (Sos.) gegen die Ausführungen des Stadtr. Dr. König (Sdp.) am gestrigen Tage, der die Milch wieder ausgeführt haben will. Er verlas einen Brief des Leiters der Zentrale, worin die Bedenken geäußert werden, namentlich in hygienischer Beziehung. Der Preis der Milch ist in Offenburg am niedrigsten. Stadtr. Ger (Sos.) sprach sich ebenfalls gegen das Zuführen aus. Wenn die Frauen in dieser Hinsicht eine Versicherung verlangen, sollte diesem Ansinnen entgegenzutreten werden. Ebenso sprach sich Stadtr. Dr. Klingelhoffer für den jetzigen Zustand aus. Stadtr. Fufam (Sdp.), dem die Einrichtung einer Milchzentrale immer ein Grauel war, sprach sich gegen die Rechnungsaufmachung aus, auch ist ihm der Rahm zu teuer. - Stadtr. Frau Engelhardt (Sos.) wandte sich ebenfalls gegen das Zuführen der Milch, da beim Solen kein allzu großer Beizerteil zu versenden wäre. - Zur Position Verkehrsfragen brachte Stadtr. Wieser (Sdp.) das Gerücht des Abbaues der Offenburg Eisenbahnwertplätze zur Sprache. Der Oberbürgermeister betonte hierauf, daß die Stadtgemeinde selbstverständlich ein großes Interesse an der Erhaltung der Wertplätze habe, versicherte aber, daß ihm von autoritativer Seite gesagt wurde, daß eine Aufhebung nicht geplant sei. Stadtr. Renner dankte für die freundliche Anerkennung der Tätigkeit d. Verkehrsvereins und wünschte, daß dieser noch mehr von der Stadt wie auch von Privaten unterstützt würde. - Bei der Position Schulen begründete Stadtr. Freiseit (Sos.) den Antrag auf Einführung der Vermittlungsprüfung. Mit einem Aufwand von etwa 13 000 Mark könnte man diesen Antrag stattgeben, und dadurch sich ein großes soziales Verdienst erwerben. Der Oberbürgermeister sichert zu, daß dieser Antrag im Stadtrat noch einmal eingehend behandelt werde. Er betonte, daß gegenüber den Anträgen über Vermittlungsprüfung die Stadt noch nie inaufrichtig gewesen sei, jedoch halte er eine Verallgemeinerung nicht für notwendig.

Beim Titel: Fürtagegessen machte Bürgermeister Blumenstock das Kollegium mit den Grundfragen der Klein- und Sozialrentnerfürsorge bekannt und ebenso mit der Jugendfürsorge und Kinderhepunga. Als neues Unternehmen soll ein Ferienaufenthalt am Käfersberg errichtet werden. Damit waren die Vorschlagsberatungen zu Ende und der Vorschlag wurde einstimmig genehmigt. Auch der Kommissar Blothn stimmte für diesen. Er war diesmal der einzige Vertreter der Kommunisten. Die Herren haben ein nicht all so großes Interesse an den städtischen Angelegenheiten bewiesen. Aus dem Gemeinderat Oberkirch Der Gemeinderat begrüßt die Anregung des Bauernvereins, des Obbauvereins und des landw. Vereins auf Einführung eines Bezirksobstmärktes in Oberkirch und ermächtigt eine Kommission, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Der Markt soll voraussichtlich Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils nachmittags 5 Uhr auf dem Platze bei der Frenbacher Kirche und Donnerstag früh im Anschluß an den Wochenmarkt im Hof stattfinden. Die Kosten für Restime usw. werden auf die Stadtkasse übernommen. Mit Einführung dieses Marktes wird einem längst gehegten berechtigten Wunsch Rechnung getragen. - Nach der ortspolitischen Vorbericht vom Jahre 1912 beginnt der Wochenmarkt am 1. Mai um 8 Uhr, vom 1. Okt. bis Ende Februar morgens um 8 Uhr, vom 1. März bis 30. April um 7 Uhr und vom 1. Mai bis 30. September um 6 Uhr. Der Beginn um 6 Uhr wird allgemein als zu früh erachtet. Es wird deshalb beschloffen, die Wochenmarktsordnung entsprechend zu ändern und den Markt in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September um 6.30 Uhr beginnen zu lassen. - Der Verlagsentwurf hinsichtlich eines Darlehens von 80 000 M. zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz wird genehmigt. Dieses Darlehen wird für Ausführung des vom Bürgerausschuss beschlossenen Bauprogramms benötigt. Das Darlehen ist zunächst kurzfristig und muß später in ein langfristiges umgearbeitet oder durch ein solches abgelöst werden. - Einige Baugesuche wurden behandelt und befürwortet dem Bezirksamt vorgelegt. - Im Schulhaus ist im ersten Geschoss (im Anschluß an den Raum, in dem die Kinderhepung stattfindet) baldmöglichst ein Schülerbad einzurichten. Neben einem getrennten Kufenbad für die Schüler sind einige Badewannen einzubauen. Es wird dadurch auch Gelegenheit für die Bevölkerung gegeben. Eine solche Einrichtung dürfte gewiß sehr begrüßenswert sein, da es hier an einer solchen mangelt. - Von der beabsichtigten Einweihung des Gefallenendenkmals durch den Bund ehemaliger Kameraden des 1. Int. Inf. Inf.-Reg. Nr. 192 am Sonntag, 7. Juni 1926, wird Kenntnis genommen. Die Stadtgemeinde wird nötigenfalls Entgegenkommen zeigen. Die Bevölkerung wird gebeten, den Wegzug durch Schenkung der Häuser, wozu seitens der Stadt Kamengrün zur Verfügung gestellt wird, zu beschleunigen und soweit als möglich Quartiere zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechender Aufruf wird noch erlassen. - Die Wadepreise für das fädt. Freibad werden in derselben Höhe wie im Vorjahre festgesetzt. Diefelben betragen hierauf: 1) 30 Pfg. pro Bad und Person; 2) 6 Mark Jahreskarte für eine Person; 3) 10 Mark Jahreskarte für eine Familie. Kinder unter 14 Jahren zahlen jeweils die Hälfte.

sozialrentnerfürsorge bekannt und ebenso mit der Jugendfürsorge und Kinderhepunga. Als neues Unternehmen soll ein Ferienaufenthalt am Käfersberg errichtet werden. Damit waren die Vorschlagsberatungen zu Ende und der Vorschlag wurde einstimmig genehmigt. Auch der Kommissar Blothn stimmte für diesen. Er war diesmal der einzige Vertreter der Kommunisten. Die Herren haben ein nicht all so großes Interesse an den städtischen Angelegenheiten bewiesen.

Aus dem Gemeinderat Oberkirch Der Gemeinderat begrüßt die Anregung des Bauernvereins, des Obbauvereins und des landw. Vereins auf Einführung eines Bezirksobstmärktes in Oberkirch und ermächtigt eine Kommission, die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Der Markt soll voraussichtlich Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils nachmittags 5 Uhr auf dem Platze bei der Frenbacher Kirche und Donnerstag früh im Anschluß an den Wochenmarkt im Hof stattfinden. Die Kosten für Restime usw. werden auf die Stadtkasse übernommen. Mit Einführung dieses Marktes wird einem längst gehegten berechtigten Wunsch Rechnung getragen. - Nach der ortspolitischen Vorbericht vom Jahre 1912 beginnt der Wochenmarkt am 1. Mai um 8 Uhr, vom 1. Okt. bis Ende Februar morgens um 8 Uhr, vom 1. März bis 30. April um 7 Uhr und vom 1. Mai bis 30. September um 6 Uhr. Der Beginn um 6 Uhr wird allgemein als zu früh erachtet. Es wird deshalb beschloffen, die Wochenmarktsordnung entsprechend zu ändern und den Markt in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September um 6.30 Uhr beginnen zu lassen. - Der Verlagsentwurf hinsichtlich eines Darlehens von 80 000 M. zum jeweiligen Reichsbankdiskontsatz wird genehmigt. Dieses Darlehen wird für Ausführung des vom Bürgerausschuss beschlossenen Bauprogramms benötigt. Das Darlehen ist zunächst kurzfristig und muß später in ein langfristiges umgearbeitet oder durch ein solches abgelöst werden. - Einige Baugesuche wurden behandelt und befürwortet dem Bezirksamt vorgelegt. - Im Schulhaus ist im ersten Geschoss (im Anschluß an den Raum, in dem die Kinderhepung stattfindet) baldmöglichst ein Schülerbad einzurichten. Neben einem getrennten Kufenbad für die Schüler sind einige Badewannen einzubauen. Es wird dadurch auch Gelegenheit für die Bevölkerung gegeben. Eine solche Einrichtung dürfte gewiß sehr begrüßenswert sein, da es hier an einer solchen mangelt. - Von der beabsichtigten Einweihung des Gefallenendenkmals durch den Bund ehemaliger Kameraden des 1. Int. Inf. Inf.-Reg. Nr. 192 am Sonntag, 7. Juni 1926, wird Kenntnis genommen. Die Stadtgemeinde wird nötigenfalls Entgegenkommen zeigen. Die Bevölkerung wird gebeten, den Wegzug durch Schenkung der Häuser, wozu seitens der Stadt Kamengrün zur Verfügung gestellt wird, zu beschleunigen und soweit als möglich Quartiere zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechender Aufruf wird noch erlassen. - Die Wadepreise für das fädt. Freibad werden in derselben Höhe wie im Vorjahre festgesetzt. Diefelben betragen hierauf: 1) 30 Pfg. pro Bad und Person; 2) 6 Mark Jahreskarte für eine Person; 3) 10 Mark Jahreskarte für eine Familie. Kinder unter 14 Jahren zahlen jeweils die Hälfte.

Kleine badische Chronik

* Heilbrunn. Beim Baden im Nedar erkrankte ein Nedarergemünd ein Heilbrunner Student, angehört aus Heilbronn. Die Leiche des Verunglückten, der vermutlich von einem Krampf befallen wurde, konnte sofort geborgen werden. - Auf der Straße von Mühlheim im Nedaral verlor im März eine junge Frau aus Mannheim die Herrschaft über ihr Rad. Sie fuhr gegen einen Baum und blieb mit schweren Verletzungen am Kopf und Gesicht bewußlos liegen. Die Verunfallte fand Aufnahme im Heilbrunner Altkrankenhaus. - Einem Selbstmordversuch verübte, offenbar in einem Anfälle von Geistesföhrung, ein Vornier von auswärts, indem er unterhalb der alten Brücke in den Nedar sprang. Er wurde aber wieder aus dem Wasser gezogen und mittels Sanitätsautos in die Psychiatrische Klinik verbracht. Heilbrunn. Die des Heilbrunner Tageblatt" mitteilt, wird die erste Stauung des Nedaranalons probeweise erst nach Pfingsten stattfinden. Diese technische Probe wird ohne weitere Schwierigkeiten vor sich gehen, dürfte sich jedoch im Stadtbild Heilbrunn sofort ohne weiteres bemerkbar machen, indem alle jetzt aus dem Wasser ragenden Pfeiler und Sandbänke verschwinden werden. i. Freiburg. Unfall. Ein 76jähriger Händler wurde Dienstag vormittag in der Lorettstraße durch das Auto eines biesigen Architekten angefahren und zu Boden geworfen. Der alte Mann, der mehrere Rippenbrüche und einen Schädelbruch erlitt, ist an den Folgen dieser Verletzungen wenig Stunden später in der Klinik gestorben. Gegen den Architekten ist gerichtlicher Untersuchung eingeleitet. - In der Friedrichstraße sitzt in 18jähriges Dienstmädchen auf ein Glas, um ein auf dieses Glas gefallenes Staubtuch an sich zu nehmen. Dabei brach der Glasbelag durch, das Mädchen fiel auf eine Stein- treppe und wurde schwer verletzt davongetragen werden, denn außer einem Arm- und Beinbruch hatte es auch innere Verletzungen erlitten. Oberkirch. Auf Anregung des Bauernvereins, des Obbauvereins und des landwirtschaftlichen Vereins wurde die Einführung eines Bezirksobstmärktes in Oberkirch beschloffen. Wieden (Amt Schönbach). Am Sonntag vormittag in der Wiedener Straße der 16jährige Wehler aus Obermünsteral mit seinem Hade alabodiers fuhr, stieß er an einer Begegnung mit einem Schweizer Auto zusammen und erlitt schwere Verletzungen, die seine Ueberführung nach dem schneuer Krankenhaus notwendig machten.

Bereinfachen Sie die Kocharbeit! Durch MAGGI'S Suppen ist Ihnen die oft mühevolle Zubereitung einer guten Suppe abgenommen. Sie brauchen sie nur noch mit Wasser kurze Zeit zu kochen. 26 Sorten: Blumenkohl, Eier-Audeln, Erbs, Schenschwanz, Kartoffel, Reis, Königin, Tomaten, Rumsford usw. 1 Würfel für 2 Teller nur 12 Pfg. Geden Sie klar und verwenden Sie MAGGI'S Suppenwürfel.



* Wollsch. Einem schweren Unfall ist der 63jährige Wirt...

* Waldshut. Am Dienstag nachmittags fürzte zwischen...

* Hohenstein. Dem verheirateten Alois Meier sängen...

* Grohschaff. Der 71jährige Wagnermeister...

Woher sie das Geld hat. Man darf sich in Sowjetrußland...

Nachträge zu den Postfachkundenerwerbungen werden in...

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 23. Mai

Geschichtskalender

23. Mai: 1618 Aufstand in Prag. Beginn des 30jährigen...

24. Mai: 1848 Der Astronom Nikolaus Kopernikus in...

Dartelnachrichten des Bez. Vereins Karlsruhe

Veranstaltung. Nächsten Dienstag abend 8 Uhr Vor-

23. Mai: 1618 Aufstand in Prag. Beginn des 30jährigen...

24. Mai: 1848 Der Astronom Nikolaus Kopernikus in...

Wie wird Ihnen, Herr Oberbürgermeister a. D. Siegrist?

Wir haben schon öfters darüber berichtet, welche elenden...

Auch bei uns in Karlsruhe hat das Liebeswerben...

diesen Schwindel hereinefallen. Sie sind alle die Gepr...

So sehen die „wahren“ Freunde der Aufwertung, näm...

Wie ja immer, so zeigt sich die Sozialdemokratie...

Das Radio funktioniert

Unser Bericht über die letzte Versammlung der Kommu...

In der Stadt Karlsruhe steht ein Haus, in dem in dieser...

An die Schulkinder von Karlsruhe

Liebe Kinder!

In der Stadt Karlsruhe steht ein Haus, in dem in dieser...

Es gibt ein Licht der Seele, das ist heller als der Tag...

Es ist ein großes Wunder, daß die Menschen, die so den...

Weset den Blinden! Dem Ihr nicht nicht, liebe Kinder...

Weset den Blinden! Dem Ihr nicht nicht, liebe Kinder...

Zu derselben Sache wird uns noch ein längerer Artikel...

Nicht Mittel will heute der Blinde, er will Freiheit und...

Strickbede, mit vielgehaltetem Muster. Die Verfertiger...

Die verhältnismäßig kleine Anzahl der Besucher wird...

* Wieder zurückgekehrt aus Amerika ist am Mittwoch Bür...

* Arbeits-Tribünen. Wir berichteten vor kurzem, daß Gen...

(1) Ihre goldene Hochzeit können heute Herr Max Boem...

(2) Einreise in das besetzte Gebiet. Im Verkehr mit dem...

(3) Müllabfuhr in Karlsruhe. Wir machen auf die amtliche...

Internationale Ringkämpfe im Colosseum. Auch der tück...

Das Baden im Rheinbafengebiet, im Rheinbafengebiet...

(1) Der Verband der Maler blüht in diesen Tagen auf sein...

Das blonde Haar. erfordert besonders sorgfältige Pflege, da es leicht...

Advertisement for hair care products, featuring text and an illustration of a woman's face.

Stadtgartenkonzerte: Heute, Samstag, 23. Mai d. J., nachmittags von 3.30-6 Uhr findet ein Konzert der Harmoniekapelle statt unter Leitung von Hugo Rudolph.

Stadtgartenkonzerte. Gutes Wetter vorausgesetzt, finden am kommenden Sonntag im Stadtpark 3 Konzerte statt. Vormittags spielt von 11-12 Uhr die Harmoniekapelle im nördlichen Teil des Stadtparks.

Besucht die Blinden-Ausstellung in der Landesgewerbekasse

Die Ausstellung ist bis Mittwoch verlängert.

(-) Bei dem Gesangswettbewerb in Tübingen am 17. d. M. erzielte der Gesangsverein 'Freundschaft'-Tübingen unter der Leitung des bekannten Chorleiters J. Fuchs-Karlstrube in der oberen Stadtklasse den 1. Preis.

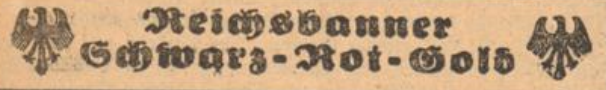
Badisches Landestheater. Man schreibt uns: Zu dem fünfaktigen Spiel 'Der Kreidkreis', nach dem Chinesischen von Albinus, das am Samstag, den 23. Mai, zu seiner hiesigen Erstaufführung kommt, hat Siegfried Scheffler eine Bühnenmusik geschrieben, die an den lyrisch-dramatisch bedeutungsvollen Stellen durch charakteristische Melodien der inneren Stimmung und Bewegtheit des Geschehens den höchsten und bewundernswürdigsten Ausdruck geben will.

Valuta

nach dem Berliner Kurs vom 22. Mai 1925. Belgien 20.97 M per 100 Belg. Fr.; Holland 168.72 M per 100 holl. Gld.; Spanien 61.12 M per 100 Pes.; Schweiz 81.125 M per 100 schw. Fr.; Dänemark 17.03 M per 100 Kr.; England 20.886 M per 1 Pfd.; Estland 112.21 M per 100 Kronen; Frankreich 21.55 M per 100 franz. Fr.; Dänemark 69.055 M per 100 Schilling; Neuseeland 4.195 M per 1 Dollar; Slowakei 12.43 M per 100 Kr.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 24. Mai: Teilweise heiter, Gewitter, warm. Schmelzpunkt 17,5, gef. 2; Regl. 288, gef. 5; Max. 44,0, gef. 3; Min. 338, gef. 6 Zentimeter.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jugendabteilung. Am kommenden Dienstag, 26. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gartencafé des 'Friedrichshofes' eine außerordentliche Versammlung mit überaus wichtiger Tagesordnung statt.

Aus der Partei

Silberjubiläum der sozialdemokratischen Partei Weingarten

S. P. Weingarten bei Durlach. Am 4. März waren 25 Jahre verflossen, seitdem eine kleine Schar moderner Arbeiter, voran Genosse Friedrich Hartmann, die hiesige Parteiorganisation ins Leben gerufen haben.

und doch gebe es noch so viele Arbeiter, die der Partei teilnahmslos gegenüber stehen. Die Rede lang zum Schluß in das Gelächris aus, den vier noch vorhandenen Gründern nach zuhören.

Den 2. Teil des Abends bildete die Generalsammlung. Der Vorsitzende erläuterte den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Partei im abgelaufenen Jahr wohl schöne Erfolge erzielt habe, doch wäre wohl noch mehr erreicht worden, wenn die Arbeiter mehr Einigkeit an den Tag legten.

Die Diskussion war recht ausgiebig. Es kamen verschiedene Vorschläge, wie man schneller vorwärts komme, resp. wie man bestehende Mängel beseitigen könne, zum Ausdruck.

Eines dürfen wir nicht übergehen, was beanstandet wurde, und das ist das Verhalten einer Anzahl von Geschäftskleuten bei der Reichspräsidentenwahl. Wir sind die letzten, die jemandem zwingen wollen, gegen seine Überzeugung etwas zu tun.

Bei der vorgenannten Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden die bisherigen Funktionäre einstimmig wiedergewählt und zwar ohne Gegenwahl. Es ist dieses ein ehrenvolles Zeugnis für die Gesamtleitung, andererseits auch ein Beweis, welches Vertrauen diese bei den Parteigenossen besitzt.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Seit langer Zeit befindet sich die sächsische Parteigenossenschaft in einem inneren Konflikt mit 23 Abgeordneten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die es abgelehnt haben, sich an die Beschlüsse ihrer Organisation zu halten.

Der Reichsparteitag von Berlin hatte in der Frage des Sachsentumskampfes Klarheit geschaffen und beschlossen: 'Die Entscheidungen der Landesversammlungen sind für die Fraktionen bindend.'

Entsprechend dieser Entscheidung hatte die sächsische Landesversammlung am 26. Oktober 1924 einstimmig die Fraktion beauftragt, für die Auflösung der Landtagsabgeordneten einzutreten.

Sie regierten aus eigenem Recht weiter und verschärften den Konflikt bis zur Unreife. Zur Beilegung der Differenzen berief der Parteivorstand eine Sitzung der gespaltenen Fraktionsleiter, der Minister und Landtagsabgeordneten.

In kürzester Frist wurde von einem Ministerium mit sozialdemokratischer Mehrheit die Verwaltung der Reaktion ausgeliefert. Eine große Anzahl republikanischer Beamter aus den wichtigsten Staatsstellen entfernte und durch Reaktionen ersetzt.

Das mühsam geschaffene Werk freier Arbeiterschaft wurde auf dem Wege reaktionärer Verordnungen und Gesetzesänderungen abgebaut und nun, in einem Augenblick, wo die Reaktion sich rüht, das letzte revolutionäre Volkswort, die freie Verfassung des Volkes von innen heraus anzugreifen, erfolgt in Sachsen der erste Einbruch der reaktionären Vorboten in das Verfassungsgebiet mit Hilfe der Dreifundzwanziger.

Die Gemeindeverfassung steht in größter Gefahr!

Die Dreifundzwanziger peitschen ein Gesetz durch, von dem der jedem Richtungsstreit fernstehende und in der Partei hochgeschätzte Kommunalpolitiker Edmund Fischer urteilt, daß diese Gesetzesverschlechterung seit dem letzten Wahlrechtsraub in Sachsen im Jahre 1896 kein Beispiel aufzuweisen hat.

die Selbstverwaltung der Gemeinden beseitigt, das Zweifelhafte wieder eingeführt, der Volksentscheid illusorisch gemacht, die bürokratische Staatsaufsicht verschärft, die Gemeindeverordneten dem Berufsbeamtentum unterstellt, das passive Wahlrecht verschlechtert.

Alle diese Verschlechterungen stehen im schärfsten Widerspruch zu dem kommunalpolitischen Programm der Sozialdemokratie.

Die Parteiorganisation in Stadt und Land, die Gemeindevertreter von ganz Sachsen, die jede Richtungsablenkung ablehnen, erheben einmütigen Protest.

Alle diese Verschlechterungen stehen im schärfsten Widerspruch zu dem kommunalpolitischen Programm der Sozialdemokratie.

So schuldig sie an ihrer Lage sind, die sie vor die verzweifelte Alternative stellt, entweder zurückzukehren zur Partei und die Verantwortung für ihren Verschleiß zu übernehmen, oder den Weg weiter zu gehen bis zum verhängnisvollen Ende, wo der bewährteerrat der sozialistischen Prinzipien steht, so schwer ist aber auch die Lage der Partei, die für alle Handlungen der Dreifundzwanziger verantwortlich gemacht wird.

Je mehr die Verleumdung der Dreifundzwanziger sich ihrem Ende zuneigt, um so mehr werden die Dreifundzwanziger erbarmungslos von ihren staatsfeindlichen Genossen in die Ecke gedrückt, um so höher steigen die Forderungen der Reaktion.

Die 23 Landtagsabgeordneten hoffen auf die geringe Orientierung der Parteigenossenschaft im Reich, um doch noch eigenmächtig ihren Sonderwillen der Partei und ihren Organisationen aufzuzwingen zu können. So machen wir die Gesamtparteigenossenschaft im Reich auf den Ernst der Stunde aufmerksam.

Die Bezirksvorsitze der SPD, Sachsen: für den Bezirk Ostschlesien: J. A. Wirth; für den Bezirk Leipzig: J. A. Richard; für den Bezirk Chemnitz: J. A. Karl; für den Bezirk Zwickau: J. A. Max; für den Bezirk Freiberg: J. A. Max.

Bereinsanzeiger

Den vorstehend wiedergegebenen Aufruf der sächsischen Parteiorganisationen an die Gesamtpartei bringen wir deshalb zum Ausdruck, weil in der Tat und leider der sächsische Parteikonflikt in hohem Maße die Gesamtpartei berührt.

Der Reichsparteitag von Berlin hatte in der Frage des Sachsentumskampfes Klarheit geschaffen und beschlossen: 'Die Entscheidungen der Landesversammlungen sind für die Fraktionen bindend.'

Das mühsam geschaffene Werk freier Arbeiterschaft wurde auf dem Wege reaktionärer Verordnungen und Gesetzesänderungen abgebaut und nun, in einem Augenblick, wo die Reaktion sich rüht, das letzte revolutionäre Volkswort, die freie Verfassung des Volkes von innen heraus anzugreifen, erfolgt in Sachsen der erste Einbruch der reaktionären Vorboten in das Verfassungsgebiet mit Hilfe der Dreifundzwanziger.

Betrifft BATSCHARI



Batschari hat mit seiner TUFUMA jene Anforderungen anspruchsvoller Raucher berücksichtigt, die nur der alterfahrene Fachmann erfüllen kann.

Mischung aus erlesenen Blättern des Orients. Format welches schönen, breiten Brand und volle Entwicklung des Aromas ermöglicht. Packungsart die in langen Jahren als zweckmässig erprobt, stets vorbildlich ist.

TUFUMA ist im Rahmen der 6 Pfennig-Preisliste die besonders ansprechende und bevorzugte CIGARETTE geworden.

Secretariat der S. A. J.

(S. J.) Genosse Tom Shaw hat am 15. Mai an die Mitglieder der Gefühls- der S. A. J. folgendes Schreiben gerichtet:
Werte Genossen!

Zu meinem Bedauern bin ich gezwungen, Ihnen meinen Austritt als Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale bekanntzugeben. Ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschieden, in das Secretariat der Textilarbeiter-Internationale zurückzukehren und bin mit dem internationalen Komitee dieser Arbeiterpartei übereingekommen, diese Arbeit wieder aufzunehmen.

Dies wird indessen mich nicht hindern, auch weiterhin so aktiv als nur möglich in der internationalen Bewegung mitzuwirken und ich danke allen unseren Genossen für das stets unerschütterliche freundliche Entgegenkommen, das sie mir während meiner Tätigkeit als Sekretär der S. A. J. erwiesen haben.

Mit freundschaftlichem Gruß
T. Shaw.

Ans der amerikanischen Arbeiterbewegung

(S. J.) In einer mehrtägigen Konferenz hat der Parteivorstand der sozialistischen Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten in New York ein weitreichendes Tätigkeitsprogramm beschlossen, welches die Grundlage einer großen Kampagne in den Parteikonferenzen der einzelnen Distrikte sein soll, die unter der Leitung des Parteipräsidenten Eugene V. Debs stattfinden werden. Bei einer festlichen Zusammenkunft, die die New Yorker Sozialisten bei dieser Gelegenheit für Debs veranstalteten und an der 1400 Genossen aus New York teilnahmen, kündigte Genosse Hillquit unter großem Jubel die Herausgabe eines neuen sozialistischen Wochenblattes an. Es wird den Namen tragen 'The American Appeal' und am 1. Januar 1926 zu erscheinen beginnen. Debs wird als Herausgeber fungieren. Zur Ermöglichung dieser Herausgabe werden Sammlungen eingeleitet. Die Parteiverammlung allein erbrachte 2000 Dollar. Das große, gut finanzierte jüdische sozialistische Tagblatt 'Vorwärts' in New York stellt der sozialistischen Partei 25 000 Dollar für ihr neues Organ zur Verfügung. Die Sozialisten der Vereinigten Staaten hoffen durch die großzügige Aktion, in die sie eintreten, die Enttarnung, die die Arbeiterbewegung durch das Scheitern der Gründung einer Labour Party erlitten hat, bald zu überwinden und auf dem Boden der sozialistischen Partei neue große Fortschritte zu erzielen.

Kleine Nachrichten

Zwidau. Das Schmarrecht verurteilte den Arbeiter Franz Kehl, der als Mitglied einer proletarischen Bundeswehr im Herbst 1923 gemeinsam mit seinen beiden Brüdern eine Reihe von Sprengstoffattentaten an Leben und Hausvermögen der Industriellen im Hohenstein-Ernstthal Bezirk verübt hatte, zu 5 Jahren 3 Monaten Zuchthaus. Seine beiden Brüder sind bereits früher verurteilt worden.

Siegen. Ein mit Bierflaschen beladenes Postauto fuhr bei Willenburg gegen einen Telegrafmast. Vier Insassen wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Ein mitfahrender Chauffeur, der vor dem Anprall absprang, wurde von einem herabfallenden Bierfass erschlagen.

Welfenkreis. Auf der Schichtanlage Pluto explodierte ein Kessel, an dem eine Reparatur ausgeführt wurde. Zwei Arbeiter waren sofort tot, mehrere andere Arbeiter wurden verletzt.

Beirut. Ein Automobil, in dem die Mitglieder der Maschinistenkommission des Arbeiterbundes von einem Besuch des Libanongebietes zurückkehrten, stürzte in einen Abgrund. Dr. Wahlgang-Großbritannien, Dr. Barling-Amerika und die französische Sekretärin, Fräulein Wolson, wurden getötet, eine andere französische Dame und Dr. Schwelengrobel aus Holland wurden verwundet.

Berlin. Heute nachmittag wird vom Herold ein erster Versuch unternommen werden, die Forstleute, die in den Wäldern in der Umgebung von Berlin grobe Verwüstungen anrichtet hat, mit Hilfe von Flugzeugen, die Calciumcyanid über die gefährdeten Wälder streuen, unschädlich zu machen. Der Versuch wird über einem Waldstück von 7 Kilometern unternommen werden. Gleichzeitig soll dieses Gelände verastet werden.

Weener. Zwischen Kommunisten und Stahlblemlern ist es gestern kurz vor Mitternacht in Mühlenmarkt zu einer heftigen Schlägerei gekommen, in deren Verlauf ein Anhänger des Stahlblemlers durch Messerhiebe in den Hals so schwer verletzt wurde, daß er im Auto ins Weener Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Verletzungen sind so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt werden muß.

Sothenburg. In dem jenseits der Elbe gelegenen Dorfe Garze brach heute vormittag Großfeuer aus, das sich infolge der Trockenheit schnell ausbreitete und in kurzer Zeit die ganze Dorfstraße ergriff. Zahlreiche große und kleine Häuser, insgesamt 16 Gebäude, wurden vernichtet. 25 Familien sind obdachlos. Das Vieh konnte zum größten Teil gerettet werden. Das Feuer ist, wie die Untersuchung ergab, in einem Strohhalm neben einem Hause, an dem Reparaturarbeiten vorgenommen wurden, entstanden.

Rom. Bei Romigo wurden bei einem politischen Streit zwischen Kommunisten und Faschisten ein Faschist ermordet und ein Kommuniste verwundet, von denen einer bald darauf starb. Die weitere Verlauf, wurden auch zwei Kommunisten getötet.

Konstantinopel. Verschiedene in einem diesigen Gefängnis untergebrachte Gefangene rotteten sich zusammen und versuchten den Versuch, aus dem Gefängnis zu entweichen, wobei die Wachen mit Messern und Pistolen angriffen. Nachdem die Wachen Verstärkungen erhalten hatte, überwältigte die Reuterer. Die Häftlinge erlitten beträchtliche Verluste. 106 Eingeborenenhäuser wurden in dem Distrikt Kasum einäschert. Bei dem Brande wurden 3 Personen getötet und 4 andre verletzt.

Lezte Nachrichten Aus dem Reichstage

25prozentige Aufwertung - Einheitsliche Grundschule? - Steuerfragen

Berlin, 22. Mai. Im Aufwertungsausschuß des Reichstags wurden heute u. a. zwei Anträge, die den Aufwertungsbeitrag auf 50 bzw. 40 Prozent des Goldbetrages festgesetzt haben wollten, abgelehnt und ein Kompromißantrag angenommen, der eine Aufwertung von 25 Prozent vorsieht.

Berlin, 23. Mai. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben im Reichstag eine Anfrage eingebracht, in der unter Hinweis auf die unterschiedlichen Bestimmungen über die Dauer der Grundschule in Preußen, Baden und Württemberg der Reichsminister des Innern gefragt wird, ob sich nicht einheitliche Ausführungsbestimmungen seitens des Reiches durchführen lassen.

Berlin, 22. Mai. Am Steueranschuß des Reichstags wurde bei Beratung der abzugsfähigen Sonderleistungen (wie Beiträge für Sozialversicherung, zu Sterbefällen, Versicherungsprämien usw.) die Erhöhung der abzugsfähigen Jahressumme auf 480 M. und je 100 M. für die Ehefrau und minderjährige Kinder beschlossen. Ferner wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach Ausgaben der Steuerpflichtigen für Werkzeugveranschaffung und Fortbildungszwecke ebenfalls als Werbungskosten gelten und daher steuerfrei bleiben sollen.

Professurkündigungen gegen die Tabaksteuererhöhung Das badische Tabakgewerbe zur Tabaksteuererhöhung

Mannheim, 22. Mai. Die Handelskammer Mannheim hatte den ihr angegliederten Fachauschuß für das Tabakgewerbe zwecks Beratung über die Tabaksteuererhöhung einberufen. In der Sitzung wurde ein ausführliches Referat über den jetzigen Stand der Angelegenheit erlassen, das lebhaft diskutiert wurde. Hierbei erklärten die Vertreter aller Berufsgruppen einstimmig ihre Gegnerschaft gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer; betreffs der Erhöhung des Schutzsolles auf Rohtabak gingen die Meinungen infolgedessen auseinander, als die Veräter einen erhöhten Schutzoll befürworteten, während

derfelbe von den anderen Berufsgruppen abgelehnt wurde.

Der Verband süddeutscher Zigarrenfabrikanten, der Verein des Spezialhandels mit Tabakfabrikaten und der Handelsvertreterverein hatten gleichfalls eine Versammlung von Vertretern vieler Organisationen des Tabakgewerbes sowie der Verbraucher zur Stellungnahme zur Tabaksteuererhöhung einberufen. Nach einem ausführlichen Vortrage wurde ebenfalls eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabaksolles wendet.

Neue Waldbrände in Pommern

In den großen Staatsforsten, die sich in Pommern in der Niederung des Hührens Ihna befinden und die erst vor wenigen Tagen den Schauplatz eines furchtbaren Brandunglücks bildeten, ist erneut Feuer ausgebrochen, das weite Strecken der im Vorjahre vom Forstrentsch heimgeleschten Forsten verbrannt hat. Mehrere Kilometer vor der ersten Brandstelle im Friedrichswalder Forst entzündete, kam das Feuer diesmal im Revier der Dierförker Pflanzung gegen 11 Uhr zum Ausbruch. Genau wie wenige Tage vorher verfiel wieder harter Wind, der die Flammen aufwehte, so daß diese sich mit großer Geschwindigkeit über die vom Forstrentsch ausgebreiteten Bestände verbreitete. Da die Bäume sich in kurzer Zeit wieder gefährdend anstellten, wurde wiederum ein Alarm gegeben, der insgesamt 500 Mann an 2400 Mann alarmierte, die insgesamt 8 Uhr abends, den Brandbrand zu lokalisieren, nachdem sich allmählich der Wind gelöst hatte. Der Brand selber dauerte an vielen Stellen noch die ganze Nacht hindurch an. Der Brand, der wieder viele Tausende von Zuschauern aus der Umgebung angelockt hatte, vernichtete rund 650 Morgen Wald aller Art, Schuppen, Kabinen, Schläge, sowie auch bereits geschlagenes Holz. Der Schaden ist sehr groß. Während der Brand im Friedrichswalder Forst, wie inzwischen einwandfrei festgestellt ist, auf die Unvorsichtigkeit von Fahrleuten zurückzuführen war, wird diesmal als Ursache des Feuers im Revier Pflanzung angenommen, eine Annahme, die sich auf bestimmte Tatsachen stützen soll, ohne daß darüber Näheres verlautet. Von den zukünftigen Behörden in Stargard ist bereits eine Untersuchung eingeleitet worden.

Veranstaltungen des heutigen und morgigen Tages

Samstag, 23. Mai
Landestheater: 'Der Kreibekreis', 7-10 Uhr.
Stadtpark: Konzert, 8 1/2-8 Uhr.
Kaffee Deon: Künstlerkonzert mittags und abends.
Waldens-Lichtspiele: 'Dr. Wislizenus', 'Patty in der Memme'.
Palastlichtspiele: 'Im Namen des Kaisers'.
Opernhaus: Künstlerkonzert: Jeden Abend 8 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in feinem Stil.
Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends.
Kolozeum: Täglich abends 8 Uhr Meister-Ringkämpfe und Variete-Vorstellung.
Ausstellung 'Handwerk und Industrie' in der städt. Ausstellungshalle, 9-9 Uhr.
Landesgewerbehalle: Jubiläumsausstellung des Badischen Wandervereins, geöffnet 10-12 und 2-6 Uhr.
Verband der Maler: 40. Stiftungsfest im 'Friedrichshof', 7 1/2 Uhr.
Regelklub 'Gemeinschaft': Preisregeln im 'Bühnenklub'.
Freie Turnerschaft: Schlußkämpfe in den 'Drei Stuben', 8 Uhr.

Sonntag, 24. Mai
Landestheater: 'Madame Butterfly', 7-9 1/2 Uhr.
Konzerthaus: Amerikanische Frauen, 7 1/2-9 1/2 Uhr.
Stadtpark: Promenadenkonzert 11-12 Uhr im nördlichen und südlichen Teil, Konzert 3 1/2-6 Uhr.
Kaffee Deon: Künstlerkonzert mittags und abends.
Waldens-Lichtspiele: 'Dr. Wislizenus', 'Patty in der Memme'.
Palastlichtspiele: 'Im Namen des Kaisers'.
Opernhaus: Künstlerkonzert: Jeden Abend 8 1/2 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in feinem Stil.
Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends.
Kolozeum: Täglich abends 8 Uhr Meister-Ringkämpfe und Variete-Vorstellung.
Ausstellung 'Handwerk und Industrie' in der städt. Ausstellungshalle, 9-9 Uhr.
Landesgewerbehalle: Jubiläumsausstellung des Badischen Wandervereins, geöffnet 10-12 und 2-6 Uhr.
Sängerbund 'Vorwärts': Matinee, 10-11 Uhr.
Friedrichshof: Gartenkonzert.

Briefkasten der Redaktion

H. B., Durlach. Der verstorbene Reichspräsident Ebert bezog 54 000 Mark Gehalt und 47 880 Mark Aufwandsentschädigung. Güter hatte er keine im Besitz, höchstens einige Blumenstücke. Die Frage, ob Hindenburg als Reichspräsident noch Feldmarschall-Pension bezieht, kann momentan nicht beantwortet werden, da diese Frage noch im Reichstag behandelt wird.

Pfarrer Neumanns Heilmittel

stets auch vorrätig im Allemdepot
Alte Sachs'sche Apotheke von 1727
(Dr. Fritz Lindner)
Karlstraße, Kaiserstr. 31, Telef. 488.
Das große Pfaffen Heilmittel
Buch (320 Sekt., 200 Abbild.) enthält
jeder Leser, der seine Adresse
schickt, von d. Firma Ludwig Neumann & Co., Nürnberg M 106, grat.
u. franco zugesandt. Postk. genügt.

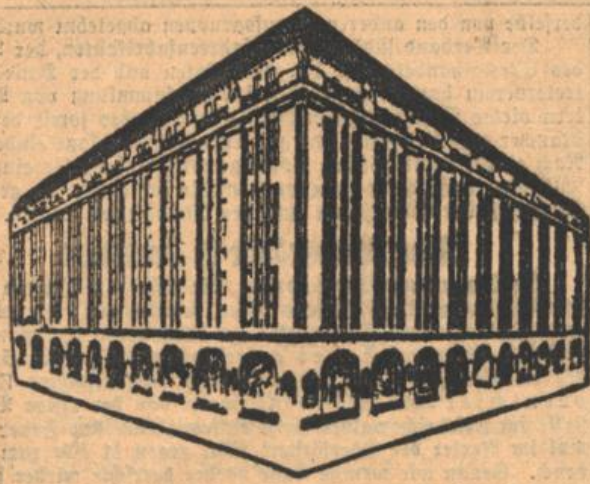
Der heutigen Nummer des 'Volk und Zeit' ist die achteitige Bilderbeilage
'Volk und Zeit'
der 21. Woche beigegeben.

Der Niedergang der KPD.

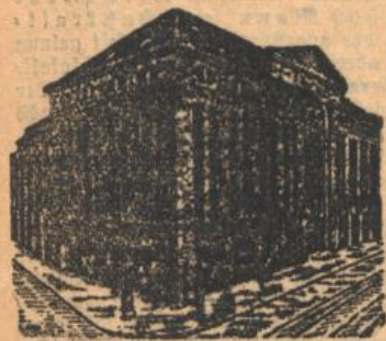


oder:
Wer andere eine Grube gräbt...

Advertisement for Dr. Thompson's Schwan-Seifenpulver. The ad features a large illustration of a swan in a circular frame, with the text 'D. THOMPSON'S Schwan-SEIFEN-PULVER'. Below the illustration, it says 'Ist ausgiebig im Gebrauch, spart Zeit und Mühe.' and 'Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.' The ad is framed with decorative borders and stars.



Erste Häuser



Das große moderne Warenhaus

Geschw. **KNOPF** Karlsruhe

führt in 50 reichsortierten Spezial-Abteilungen
sämtliche Bedarfsartikel in großer Auswahl
zu bekannt billigen Preisen.



Kaufhaus
Schmoller & Co.
Karlsruhe
Billigste Bezugsquelle
sämtlicher
Bedarfsartikel.



CONFEKTIONSHAUS
HIRSCHEN
Herrenbekleidung
Herrenwäsche / Berufskleidung
Kaiserstrasse 95 Ecke Kronenstrasse



Leipheimer & Mende

Gegr. 1834 Spezial-Geschäft Tel. 211 u. 214
Herren- und Damenkleiderstoff, Seide, Baumwollwaren,
Wäschestoffe, Weisswaren, Gardinen, Schlafdecken
Grösste Auswahl Billigste Preise

Branntwein-
Großhandlung
Karl Seubert
Karlsruhe (Baden)
Kaiserallee 27.
Telegramm-Adresse:
Edelkirsch.
Fernsprecher 4677.



Wein-Großhandlung und Branntweinbrennerei, Faßgroßhandlung
Gottlob Bauer Inhaber: **Karl Seubert**

Karlsruhe (Baden), Goethestraße 10
Fernsprecher Nr. 2245 Telegramm-Adresse: Weinbauer
Es empfiehlt sich bei Bedarf in sämtlichen Weinen (Badische Weine,
Pfälzer- oder Rheinweine) Vorzugs-Angebote bei mir einzuholen.



GRITZNER Nähmaschinen | Bestes deutsches Erzeugnis!
Fahrräder

Maschinenfabrik Gritzner A.-G., Durlach.

Gute Ware!

BORGEN MACHT SORGEN?

Solche Sorgen ziehen Sie sich beim Einkauf in unseren Geschäften nicht zu!

Der **Karlsruher Einzelhandel** arbeitet in einem in den hiesigen Tageszeitungen erschienenen Inserat mit **vollkommen unwahren** Behauptungen gegen uns. Die Anzahlungen betragen bei uns nicht mehr als **1/4 des ganzen Kaufbetrages**. Wir gewähren ein Ziel von 6 Monaten und sind deshalb die Ratenzahlungen so **klein**, dass sich schwerlich bei einem unserer Kunden die Sorge um die fällige Rate einstellen kann. Auch tragen wir den sozialen Verhältnissen des Käufers in jeder Weise Rechnung. Wir sind trotz des langen Kredites durch unsere enorme Einkaufskraft für unsere mehreren . . . gleichartigen Geschäfte **konkurrenzlos billig** . . .

Vergleichen Sie unsere Preise, prüfen Sie unsere Qualitäten, überzeugen Sie sich von unserer Kulanz und Sie werden wissen, warum

wir uns einer so großen Beliebtheit in unseren Kundenkreisen erfreuen und unsere Konkurrenz mit so niedrigen Waffen gegen uns arbeitet.

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H. Stuttgart **Geschäft Karlsruhe, Kronenstr. 40**

Dankfagung

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme und die schönen Kranzspenden aus Anlass des Hinscheidens meiner lieben Frau, unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Luise Pfeifer

geb. Hieser
sprechen wir alle unseren innigsten Dank aus.
Die Hinterbliebenen:
Theodor Pfeifer Ww.
nebst Kinder

Ämtliche Bekanntmachungen

Karlsruhe. Handelsregistereinträge vom 18. Mai 1925.
1. **Mähdreschungs-Gesellschaft** Karlsruhe in Karlsruhe. Auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 25. November 1924 ist das Grundkapital infolge Umstellung auf 2.970.000 Reichsmark ermäßigt, eingeteilt in 2.970.000 Stammaktien über je 1 RM. Der Gesellschaftsvertrag wurde in den §§ 13 (Verhältnis des Aufsichtsrats), 14 (Generalversammlung), 21 (Geschäftsjahr), 22 (Vorlage der Jahresrechnung etc.) sowie § 2 Abs. 1 (Grundkapital) geändert. Direktor Paul Brunlich ist aus dem Vorstand ausgeschieden. 13. Februar 1925.
2. **Karlsruher Lebensversicherung** auf Gegenseitigkeit normal allgemeine Versicherungsanstalt, Karlsruhe. Durch Beschluss der Mitglieder-Versammlung vom 31. März 1925 wurde die Satzung in den §§ 1-6 und 9 geändert. Die §§ 10-23 wurden durch die neuen Bestimmungen § 10-16 ersetzt. Auf die eingereichte Forderung wird Bezug genommen. Hiernach gilt insbesondere: Die Befestigung des Vorstandes erfolgt durch den Aufsichtsrat. Zu Wechseln und Zahlungsanweisungen, zu Abtretungen und Zahlungsanweisungen für Hypotheken oder Grundschulden, zu Quittungen über Darlehen auf eigene Versicherungen der Anstalt, und zu Vollmachten ist die Unterfertigung zweier Vorstandsmitglieder oder eines Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen erforderlich. Im Übrigen wird die Anstalt durch die Unterfertigung eines Vorstandsmitgliedes oder zweier Prokuristen verpflichtet. Der Abschluss neuer Versicherungen ist seit dem 14. September 1922 nach dem weiteren einseitig. Die Bekanntmachung der Anstalt einschließlich der Beratung der Mitglieder-Versammlung erfolgen nur in der Deutschen Reichsanzeiger. Die Veröffentlichung in weiteren Blättern bleibt dem Vorstand überlassen. 1018
Karlsruhe, den 18. Mai 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

Georg Hochberg ist alleiniger Inhaber der Firma. 11. Mai 1925.
Höfmann.
5. Karl Keller, Karlsruhe. 12. Mai 1925.
6. Walter Ohmann, Karlsruhe. 13. Mai 1925.
Bad. Amtsgericht B 2.

Karlsruhe. Handelsregistereinträge vom 18. Mai 1925.
1. **Karlsruher Brauereigesellschaft** normal A. Schrempf & H. Pring Aktien-Gesellschaft Karlsruhe. Nach dem durchgeführten Beschluss der Generalversammlung vom 6. April 1925 ist das Grundkapital infolge Umstellung auf 2.970.000 Reichsmark ermäßigt, eingeteilt in 2.970.000 auf den Inhaber lautende Stammaktien über je 100 RM. und der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 (Grundkapital) und 23 (Aufsichtsratsverteilung) geändert.
2. **Süddeutsche Weinstellereien** Aktien-Gesellschaft, Karlsruhe. Bernhard Fintelstein und Max Seb sind aus dem Vorstand ausgeschieden; Kaufmann Heinrich Dreifuss, Karlsruhe ist zum Vorstand bestellt.
3. **Karlsruher Lagerhaus-Gesellschaft** mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 8. April und 8. Mai 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 500 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag in § 3 (Stammkapital) geändert. Vom 18. Mai 1925.
4. **Süddeutsche Filmdruckerei**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 24. April und 12. Mai 1925 wurde das Stammkapital infolge Umstellung auf 5.100 Reichsmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag in § 3 (Stammkapital) geändert.
5. **Vertriebs-Gesellschaft** chem. techn. Produkte, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Waldkirch mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Die Zweigniederlassung in Karlsruhe ist aufgehoben. 1020
Bad. Amtsgericht B 2.

1001 **Müllabfuhr** in Karlsruhe betr. Mit Zustimmung des Stadtrats der Landeshauptstadt Karlsruhe und nach Vollziehung der Erklärung durch den Herrn Landeskommissar, die mit Genehmigung vom 12. Mai 1925 erfolgt ist, wird mit sofortiger Wirkung öffentlich beschriebe, wonach folgt: In der für die Stadt Karlsruhe erlassenen öffentlich-rechtlichen Vorschrift vom 28. Dezember 1921, die Müllabfuhr in Karlsruhe betr., werden in der Einleitung die Worte „mit Ausnahme der Stadtteile Rinkheim, Hühner, Ochsenfeld und Darglanden“ durch die Worte „einschließlich der Vororte“ ersetzt. Karlsruhe, den 19. Mai 1925. D. 3 68
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma 3. Günther in Karlsruhe, Karlstraße 20, soll vorbehaltlich der Genehmigung durch das Gericht die Schuldverteilung in Höhe von 3% stattfinden. Die dazu verfügbare Masse beträgt 3.132,- RM. Zu berücksichtigen sind 104 534,- RM. einfache Konkursforderungen. 3303
Karlsruhe, den 23. Mai 1925.
Der Konkursverwalter:
Dr. Rachmann.

Achtung Weintrinker!
Durch vorteilhaftesten Einkauf kann ich außer meinen Konsumweinen zu 22, 25 u. 30 Pfennigen ausfechten.
Weißweine
28er Hambacher Seiten . . . 1/4 Ltr. 40 Pfg.
28er Freinsheimer Riesling . . . 1/4 Ltr. 45 Pfg.
28er Weisenheimer Schramberg Riesling 1/4 Ltr. 50 Pfg.
Prima Eichbaumier im Maßglas
Schinken, Wippen,
ff. Hausmacher-Wurstwaren
Peter Niebes, Bürttem-berger Hof
Ede Wlad- u. Goethestraße. 1019

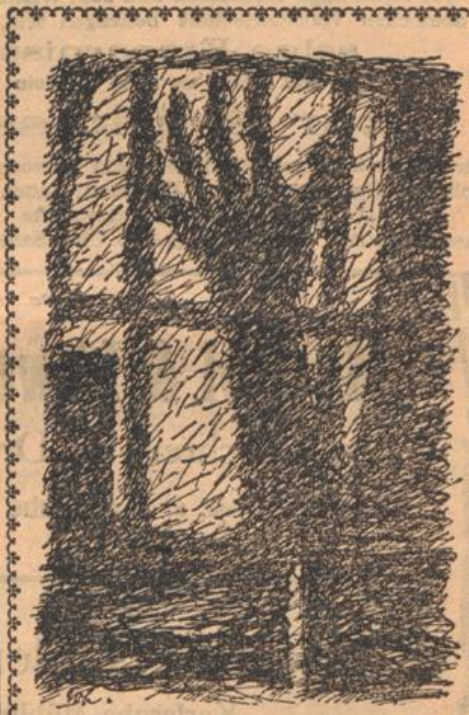
Veränderung.
Hochberg & Co., Karlsruhe. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Geschäftsführer

Zwerg Staatslotterie!
Die Auszahlung der Gewinne aus der 2. Klasse, sowie die Erneuerung der Lose zur 3. Klasse der 25/251.
Preuss. Südd. Klassenlotterie
findet ab
Montag, den 25. Mai 1925
in meinen beiden Geschäften statt.
Schluss der Erneuerung 2. Juni 1925.
Erfahrungsgemäß ist der Andrang Ende des Monats und in der Woche vor der Ziehung am stärksten; ich bitte daher im Interesse einer ruhigen Abwicklung des Erneuerungsgeschäftes alle, denen es möglich ist, baldigst ihre Lose zu erneuern. 3299
Die Ziehung der 3. Klasse ist am **9. und 10. Juni 1925.**
Die Lose sind fast überall ausverkauft; ich habe nur noch wenige **kauflose** abzugeben.
Lospreise für neu hinzutretende Spieler:
1/8 1/4 1/2 3/4 1 Doppellos
9.- 18.- 36.- 72.- 144.- RM.

Zwerg vorm. Götz
bad. Lotterie-Einnehmer
Hebelstr. 11 Karlsruhe Waldstr. 38
Tel. 4823. Postscheckkonto 17808

Ettlinger Anzeigen.
Das Schwimmbad der städt. Badeanstalt wird am Samstag, den 23. Mai ds. Js. in Betrieb genommen. Das Schwimmbad ist an Werktagen von vormittags 10 Uhr bis gegen 8 Uhr nachmittags geöffnet. An Singl-Sonn- und Montag, sowie an Fronleichnam bleibt die Badeanstalt geschlossen. Darne Banner- und Kranzschäber werden jede Woche freitags und Samstag von 12-6 Uhr nachmittags abgegeben.
Badebewerbe wird in der Badeanstalt nicht abgehalten.
Das städt. Freibad bei der Deubel'schen Mühle ist ab Sonntag, den 24. Mai geöffnet.
Ettlingen, den 22. Mai 1925.
Der Bürgermeister

Rastatter Anzeigen.
Seegras-Verfeigerung
im Waldstück Niederwald circa 1000 Zentner am Mittwoch, den 27. Mai 1925, nachmittags 3 Uhr mit Zusammenkunft bei der Holzweidmühle Rastatt, den 20. Mai 1925.
Der Oberbürgermeister.
Renner



Fechenbachs Zuchthausbuch
Im Haus der Freudlosen
Ein erschütterndes Dokument der Anklage gegen die Trägheit des Herzens
Mit 5 wirkungsvollen Zeichnungen
Ganzleinen 3.30 M.
Kartonierte 2.20 M.
Zu beziehen durch
VOLKSBUCHHANDLUNG
Adlerstrasse 48 Telefon 3701.

Unsere Leser und Leserinnen
werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten dieser Zeitung.

Bruchsaler Anzeigen.
Einladung.
Die verehrten Mitglieder des Bürgerausschusses berufe ich hiermit zu einer Versammlung auf **Donnerstag, den 4. Juni 1925, abends 7 Uhr, in die Aula der höheren Mädchenschule.** Die Tagesordnung wird besonders zugestellt.
Bruchsal, den 19. Mai 1925. 1033
Der Oberbürgermeister.

Geschwister
GUTMANN
Damen-Hüte

Größte Auswahl Billigste Preise!

Strumpf- Vieser

Kaiserstr. 153 Fernruf 740

Kaffee und Konditorei
Karlsruhe Telefon 94 **ODEON** Kaiserstr. 213 Telefon 94
Täglich mittags und abends
Künstler-Konzerte
Eigene Konditorei Billard-Akademie

Badisches
Blechpackungs-
werk
G. m. b. H.
Karlsruhe-Knielingon
Telefon 4708
Herstellung von
Blech-Packungen
Spezialität:
Marmelade-Eimer
Konserven-Dosen

Richard Baer
Rastatt
Lumpen-Sortier-Anstalt
Telephon 340.
Käufer sämtlicher
Stoffabfälle
aus Schuhe-, Wäsche und
Korsettfabriken.

AEROCLAR
bestes Mittel gegen
Salsleiden, Husten
Schnupfen
Erfolg beweisend! Hergestellt empfohlen
zu haben in allen Apotheken.
Aeroclar-Vertrieb G. F. Otto Müller
Chem. Techn. Laboratorium
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 188

Bauhütte
Karlsruhe
Gemeinnützige Baugesellschaft
m. b. H.
Übernahme
sämtlicher Bauarbeiten
Büro und Lager:
Rotteckstr. 17 Tel. 5200

Dreyfuss & Roos
Rastatt i. Baden
Versandschachteln
aller Art
Spezialfabrik
für
Zigarren-,
Zigaretten- u.
Tabakschachteln

Städtische Sparkasse Durlach

Postcheckkonto 1216 Karlsruhe Fernsprecher 196/197

Wer seine Lage verbessern und zum Wiederaufbau der
deutschen Volkswirtschaft beitragen will, der bringe
seine Ersparnisse
und wären sie noch so klein
zur Sparkasse.

Wir vergüten zeitgemäße Zinsen und versorgen die kredit-
suchende Bevölkerung mit Darlehen; auch besorgen wir
alle bankmäßigen Geschäfte.
Kassenstunden: 8-1/2 und 1/2-1/6 Uhr, Samstags 8-1 Uhr.

Carl Finkelstein

Holz- und
Kohlenhandlg.
Karlsruhe
Böppurstr. 5. Telefon 2304
Liefert

alle Sorten Kohlen
und Brennmaterial
in Ia Qualität
prompt, reell und billig.

Restaurant, Kaffee u. Konditorei

Moninger

KARLSRUHE
Bestbesuchtes Haus am Platze.

Machol & Löwengardt

Pack-, Schreib- u. Druckpapiere
Akademiestr. 5 Karlsruhe Telefon 965

Badische Lederwerke

Karlsruhe-Mühlburg
Handschuhleder-Fabrik
Spezialität: „Veneziana“

Rosenfeld & Co.

Karlsruhe i. Bd.
Metalle / Alteisen / Neueisen
Telefon Nr. 839, 840, 841, 184
Telegramm-Adresse: Metallfeld

We - Ra

Hauschuhe / Sandalen / Spangenschuhe
Hersteller:
S. Weil & Söhne, Schuhfabriken
Rastatt

Hammer & Helbling

Kaiserstrasse 155/157
Haus- und Küchengeräte / Oefen / Herde
Gasherde / Gruden

Röndellplatz,
Ecke Erbprinzen u. Karl-Friedrichstraße.



Hervorragend
sind Form u. Güte der
Baubund-Möbel.

A. Braun & Co.

Karlsruhe

J. Ettliger & Wormser

Gegr. 1811 Karlsruhe i. Baden Gegr. 1811
Eisengrosshandlung
Metalle Chemikalien

Dr. Dannenberg & Co.

Metallhütte
Tel.-Adr. Metallurgie G. m. b. H. Telefon Nr. 1387
Unsere Erzeugnisse:
Dopp. raff. Hüttenweichblei Marke M. d. K.
Hüttenhartblei, Schriftmetalle, Lager- u. Weiss-
meiße, Lötzin, Rotguss, Bronze, Zink.

Friedrich Chr. Kiefer

Karlstraße 4 Karlsruhe Tel. 264 u. 2643
Kohlen, Koks, Briketts
Holz

Heinrich Rausch Karlsruhe

Telefon 347 und 348 - Büro: Stefanienstraße 54
Lager: Oberfeldstraße (Neues Industriegelände)
liefert
Bauholz nach Liste, Latten, Bretter,
Fußböden usw.

F. Reuschel Söhne
Ettlingen (Baden)
Telephon 31

Säge-, Hobel- u. Spaltwerk
Holzhandlung

„GOLDENER OCHSEN“

Bringe über die Sommermonate das ff. Bier der Brauerei BECKH Pforzheim zum Ausschank. MOEAS.

Friedrichshof

Größtes zentral gelegenes Garten-Etablissement
Jeden Sonn- und Feiertag
Garten-Konzert
Eintritt frei!
Bei ungünstiger Witterung finden die Konzerte in den Sälen statt.
Bestbekanntes Speise-Restaurant
ff. Biere und Weine
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
H. Stehlin

STADTGARTEN

Sonntag, den 24. Mai 1925, vormitt. von 11 bis 12 Uhr:
Promenade-Konzert
(kein Musikerschlag) bei der Festhalle und beim Schwarzwaldhaus. Ersteres ausgeführt durch die Harmoniekapelle, letzteres durch ein Hornquartett der Polizeikapelle.
nachmittags von 3 1/2 - 6 Uhr:
Konzert der Harmoniekapelle
abends von 8 - 11 Uhr:
Konzert der Polizeikapelle

Palast-Sichtspiele

Herrenstr. 11 Telef. 2502
Ab heute!
Im Namen des Kaisers
Schauspiel in 6 Akten
von Max Jungk und Julius Urgiss.
In der Hauptrolle:
Lya de Putti
als Sonja Smirnow, Studentin der Medizin.
Kriminalgeschichten.
Originelle Groteske. 3297

Züngere, ausgebildete Klempner

können sofort Beschäftigung finden
J. B. Rombach
Gasmeser- und Metallwarenfabrik
Karlsruhe * Roonstraße 23a

Zementreue Zimmerleute

sind für unsere Baustellen.
H. & D. Heilig, Karlsruhe
Hirschstraße 40. 3295

Kostüm-Büglerinnen und Lehrling

können sofort eintreten.
Färberei D. Lasch
Sofienstraße 28. 3293

Zwangsversteigerung
Montag, den 25. Mai 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Wandlote, Steinstraße 23, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
1 Kleiderschrank, weiß, neu, 1 Waschmaschine mit Karmor, 1 Schreibstisch, 6 Dosen Pfeifentuben, 5 Dosen Kaviar, 5 Dosen Sardellen, 14 Gl. Sardellen, 6 Dof. Streichleberwurst, 29 Dosen Waiswürste u. Sauerkraut, 22 Dosen Ananas, 10 Dosen Kirschen u. Brombeeren, 8 Dof. Erdbeeren, 18 Glas Majonaise, 40 Gl. Meismehl, 100 Schachtel Schokolade, 800 Packchen Pfeffer, 60 Pfd. Gemüsepfeffer, 30 Pfd. Saug, 50 Pfd. Mehl, 32 Pfd. Nudeln, 12 Pfd. Kaffee, 16 Pfd. Gersten.
Karlsruhe, 22. Mai 1925.
Wiedemann, Gerichtsvollzieher.

Gras-Versteigerung.
Auf dem „Gertenberghof“ bei Wargels werden am Dienstag, den 26. Mai, nachmittags 3 Uhr, in geeigneter Parzellen eingeteilt, ca. 15 Morgen Gras zur Heumattung versteigert.
Entlaufen
seit Sonntag abend Käte (vollständig schwarz), Abzugeben gegen gute Belohnung. Richter, 115, dt. Hirt (Gde. Lindenb.).

Sangerbund Vorwärts
Wir laden hiermit unsere Mitglieder, deren Angehörige, sowie Freunde d. Vereins für Sonntag, den 24. Mai, nachmittags zu einem
Karlsruhe
Mai-Ausflug
nach dem „Weißen Kreuz“ freudlichst ein. Abmarsch wieder um 7 Uhr vom „Zoo“ mit Musik. Für Getränk sowie gute Speisen ist Sorge getragen.
NB: Wir bringen nochmals die Kinderchorbrüder jeweils Mittwochs und Samstags nachmittags 5 Uhr zum Ballspiel Schützenhof in Erinnerung und ermahnen eine zahlreiche Beteiligung aller jugendlichen Kinder vom 9. Jahre ab.
Die Verwaltung.

Kaffee Bauer
Ausschank von
Fürstenberg-Bräu
3285

Colosseum
Heute Samstag abend 8 1/2 Uhr:
Herausforderungs-Boxkampf
Steinke gegen Schulz
erner gegen Langguth gegen Lassarresse
sowie Revanchekampf bis zur Entscheidung
Bilkau gegen Tornow

Gute
Möbel
Betten: Polsterwaren
zu bekannt billigen Preisen
E. Karrer & Sohn
Laden:
Ecke Kaiser- und Douglasstraße
Hauptpost
Hauptgeschäft:
Kriegsstrasse Nr. 200
(Ecke Ecke Westendstr.)
Zahlungsanleiherung

Das
Luft-, Sonnen- und Schwimmbad
am Dammertod (hinter dem Hauptbahnhof, 5 Minuten vom Altstadtbahnhof entfernt)
ist eröffnet!
Täglich geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Mäßige Eintrittspreise. Fernsprecher 781

Das städtische
Schwimm- und Sonnenbad
beim Rheinhafen, Straßenbahnhaltestelle der Linie 1, ist
geöffnet.
1003

Restauration zur Lokalbahn Kapellenstraße 68
Spezialausschank
der Brauerei Silbernagel - Bellheim
Gestatte mir, der verehrl. Einwohnerschaft, allen Bekannten und Vereinen die ergebenste Mitteilung, daß ich die neu-renovierten Lokalitäten übernommen habe.
Zum Ausschank kommen:
Spezial-Bier der Brauerei Silbernagel / ff. Weine
Reichhaltiges Büfett / Bekannt gute Küche.
Es ladet ergebenst ein
JOHANN WEILER.

Bad. Blindenverein 1900-1925
Jubiläums-Ausstellung
in den Räumen d. Landesgewerbe-halle in Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 17, in der Zeit vom 16. bis 24. Mai 1925.
Geöffnet: Werktags von 10-12 u. 2-5 Uhr, an Sonn- u. Feiertagen von 11-1 Uhr.
Ausstellung v. Blindenarbeiten, Hilfs- u. Lehrmitteln
Darstellung einzelner Blindenhandwerksbetriebe
Eintritt für Erwachsene 30 Pfg., für Kinder bis zu 14 Jahren 10 Pfg. Schulen unter Führung ihrer Lehrer haben nach Benehmen mit der Ausstellungsleitung freien Zutritt.

RESI-Lichtspiele Waldstraße.
Bis einschl. Montag
Dr. Wislizenus
nach einer Novelle von Moritz Heymann. - Zeit um 1890.
Fatty in der Klemme.
Groteske in 2 Akten. Regie und Autor: Fatty Arbuckle.
3281

Ma-gierkeit
Schönevolle Körperformen durch
„Grossers“ Krattpulver
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. ungeschäd. Veralt. empfohlen. Streng reell! Viele Dank-schreiben Preis Sarton mit Gebrauchsanweisung RM 3
Hof-Apothek
Karlsruhe, Kaiserstr. 201.

Gasherde Kohlenherde
erstklassige Fabrikate
Zahlungs-erleichterung
A. Rofenberger
Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte
Ecke Schützen- und Marienstr. 32
- Seit 1882 -

Baden-Baden.
Die Volksbäder in den Schulhäusern an der Vincenzstraße, in der Weststadt und im Stadteif-lichtental sind ab Montag, den 26. Mai ds. J., wieder die ganze Woche geöffnet und zwar
für Männer
am Dienstag, Donnerstag, je den ganzen Tag, Samstag nachmittags und Sonntag vormittags,
für Frauen
am Montag, Mittwoch und Freitag, je den ganzen Tag, sowie Samstag vormittags.
Die Badeszeiten sind
an Werktagen von 9-12 1/2 und von 2-7 Uhr,
an Sonntagen von 7-10 Uhr.
Bäderpreise:
1 Bannenbad 50 Pfg., 1 Brausebad 25 Pfg., 1 Sandbad 10 Pfg.
Die Bäder bleiben geschlossen am Neujahrstag, Karfreitag, an den beiden Osterfeiertagen, Christi-himmelfahrt, an den beiden Pfingsttagen, am Fronleichnamstag, an Allerheiligen, am Christtag und Stephanstag.
Stadtbauamt.
Druckarbeiten aller Art liefert die Buch-druckerei „Volkstempel“, Luisenstraße 24.

Ma-gierkeit
Schönevolle Körperformen durch
„Grossers“ Krattpulver
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. ungeschäd. Veralt. empfohlen. Streng reell! Viele Dank-schreiben Preis Sarton mit Gebrauchsanweisung RM 3
Hof-Apothek
Karlsruhe, Kaiserstr. 201.

Ma-gierkeit
Schönevolle Körperformen durch
„Grossers“ Krattpulver
in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pfd. Zunahme. Garant. ungeschäd. Veralt. empfohlen. Streng reell! Viele Dank-schreiben Preis Sarton mit Gebrauchsanweisung RM 3
Hof-Apothek
Karlsruhe, Kaiserstr. 201.

Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe, Kaiserstrasse 50a

Stets grosse Auswahl
Damen- u. Kinderkonfektion

Frau M. Eisenhardt
Karlsruhe, Kaiserstrasse 50a

Drogerie Wilh. Tscherning
bekannt durch Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karlstrasse
Telefon 619.

Kinder- und Damen-
sowie
Herren-Konfektion, Berufskleider
ferner
Manufakturwaren jeder Art
finden Sie in grösster Auswahl zu niedersten Preisen bei
Gebrüder Blechner Nachf., Rastatt.

Kallinich
höchste Qualitäts-Zigaretten
in den Konsumpreislagen
Kallinich, Zigarettenfabrik, Rastatt (Baden)

ExcelsiorKünstlerspiele
Kaiserstrasse 26 / Telefon 977
Direktion: A. UNSER
*
Täglich 8.30 Uhr abends:
„Das Großstadt-Programm“

Gebrüder Kugel
Geogr. 1867
Rheinstrasse 65
Herren-Artikel, Kurz-, Weiss-, Woll-
waren, Wäsche-Fabrikation.

MUSIK
APPARATE
Preiswert
Besuchen Sie unser reich-
haltiges Lager.
Telefon 559

ODEON-HAUS

MUSIK
PLATTEN
erstklassig
Verlangen Sie unverbind-
liche Vorkführung.
Kaiserstr. 175

Wellpappenwerk G.m.b.H.
Bruchsal
Wellpappen in Rollen u. Bogen / Kartonnagen

Kaufen Sie Futtermittel
für alle Flurarten nur bei
Albert Schneider A.-G., Karlsruhe-Mühlburg
Telefon 2348



Wenn Sie Büromöbel kaufen

dann besichtigen Sie auch die
altbewährten

Stolsenberg-Fabrikate

Sie lernen dann Qualitätsmöbel kennen und
beurteilen und kaufen nichts was Sie
später reuen wird.

Weitere Spezialitäten:
Stolsenberg-Karteien,
Stolsenberg-Blitz-Ordner,
Stolsenberg-Blitz-Ordner
Steuermappe.

FABRIK
STOLZENBERG

Büroeinrichtungs-A.-G., Oos i.B.

Musterlager in:
KARLSRUHE, Waldhornstr.,
FRIBURG i. B.,
Friedrichstrasse
MANNHEIM, E 4, I.

Herren-Hüte-Mützen
ADOLF LINDENLAUB
Kaiserstrasse 191
Karlsruhe

Hausfrauen sparen viel Geld
wenn solche den lang bewährten
„Bruchsaler Malzkaffee“
verwenden.
Schrag & Heinsheimer, Bruchsal.

Papiere aller Art, sämtl. Büro-Bedarfsartikel
Farbbänder, Kohlepapiere etc. liefert:
Krös & Botzenhard / **Papier-Bürobedarf**
Telefon 2940 Westendstrasse 29, Hans Sachsstrasse 33
Neubau Rückgebäude. Verlangen Sie Angebote!

Weingrosshandlung Franz Fischer & Co.
KARLSRUHE
Steinstrasse 29 / Telefon 163 / Kreuzstrasse 29
Erste und billigste Bezugsquelle für
deutsche und ausländische Weine
Generaldepot der Feist Sektellerei A.-G. Frankfurt a. M.

Trinkt Franz-Bier
Telefon 4
RASTATT
Telefon 4

Moritz Veith Nachf.
Geogr. 1865
Telefon 2083
KARLSRUHE
möbel-, Matrazenstone- und Teppiche-Großhandlung
Kronenstr. 34

P. M. Gräfinger
RASTATT
Manufakturwaren aller Art / Herren- u. Damenkleider-
stoffe / Ausstattung-Artikel / Damen-, Kinder- u. Herren-
Konfektion / Teppiche, Läufer, Linoleum / Damen-
Grosse Auswahl! und Herrenwäsche
Billige Preise!

Foto-Handlung H. HUGEL
Schützenstrasse 12 / Telefon 2663



Der Weise
weiss
wo er kauft

**Trinkt
Milch!**

Milchverbrauch u. Volksgesundheit stehen in engem
Zusammenhang. — Tagesration nicht unter 1/2 Liter pro Kopf.

Karlsruher Milchversorgung G.m.b.H.

Karmelitergeist
Amol
 Beliebtes Haus- und Einreibemittel
 In Apotheken und Drogerien erhältlich



Von der Reise zurück
 Dr. med. Nerlich
 Lulsenstrasse 31
 Telefon 3569.

Dr. HINDHEDE
 der berühmte dänische Forscher sagt:
 „Lebenswichtig sind Mineralstoffe und Vitamine, sie fehlen dem menschlichen Körper“. Darum:
den werdenden Müttern allen Kindern allen Erwachsenen
 täglich den ob gesund oder krank
Dr. Hindhede Kraft-Kek
 Er gibt grosse Kraft und dauernde Gesundheit!
 Generalvertrieb der Dr. Hindhede Keksfabriken
 Bernhard Gotthart, Karlsruhe i. B.
 Erhältlich in Packungen zu Mark 0.50, 1.- und 2.- bei:
 Carl Roth, Drogerie, Herrenstr. 26/28, Reichenhans-Volkswohl, Herrenstr. 29, W. Ganz, Kaiserstr. 239, Geschw. Malsch, Ritterstr. 32, W. Oswald, Lulsenstr. 8, H. Reichard, Engel-Drogerie, Werderstr. 44, H. Reith, Herrenstr. 53, W. Tscherning, Amalienstr. 19, A. Vetter, Zirkel 15.

LEBENSBEDÜRENIS VEREIN
 Karlsruhe

Soeben eingetroffen:
Prima Sommer-Malta-Kartoffeln
 neuer Ernte
 das Pfund **26** Pfg.

36 Filialen

Bevor Sie kaufen
 Überzeugen Sie sich von der Preiswürdigkeit meines Angebots:

Herren-Anzüge 38.00 bis 86.00	Hemden in Zefirs
Sport-Anzüge 48.00 „ 58.00	Sporthemden
Samml-Mäntel 25.00 „ 45.00	Einsatzhemden
Herren-Hosen 7.50 „ 18.50	Arbeitshemden
Sportosen 9.50 „ 18.00	Socken
Washjoppen 12.00 „ 7.50	Hosenträger
Lüster-Sakkos 14.50 „ 22.00	Krawatten u. Selbstbind.
Windjacken 14.50 „ 22.00	Kragen
Flanellhosen 18.50 „ 22.00	Strickwesten

Grosses Lager in Herren-Anzugstoffen in nur besten Qualitäten das Meter von 12.50 an.
PAUL SOMMER
 Konfektionsgeschäft / ETTLINGEN.

Badisches Landestheater
 Samstag, den 23. Mai 1925, D 21
 Zum erstenmal:
Der Kreidekreis
 Spiel in fünf Akten nach dem Chinesischen von Richard M. Wolf von Siegfried Scheffler. In Szene gesetzt v. Robert Volner. Musikal. Leitung: Max Schlager.

Personen:
 Fichang-Pailang Koeller
 Frau Fichang Steermann
 Fichang-ling Dahlen
 Tong Böcker
 Bao Kreuzinger
 Ma Trent
 Yi-wei Gierlich
 Fichang Hübner
 Fichang-fschu Berg
 Eine Hebamme Geuter
 Zwei Kulis
 Ebert und Waier
 Kienchier
 Kitan
 Brand
 Writter
 Lang
 Weher
 Ein Arzt Gemmede
 Ein Blumenmädchen van Eiben
 Ein Dichter Groß
 Jeromonienmeister
 Kienchier
 Ein Butler van Santen
 Ein Helfer Schneider
 Dessen Gehilfe Lindemann

Anfang 7 Uhr.
 Ende 10 Uhr. 1025
 Sperrfz I. Abt. 4.80 RM.

Sonntag, den 24. Mai 1925, A 24
Madame Butterfly
 Tragödie einer Japanerin (nach John L. Long und David Belasco) in drei Akten von L. Illica und G. Giacosa. Deutsch von Alfred Brüggenmann. Musik von Giacomo Puccini. Musikal. Leitung: Wilhelm Schweppe. In Szene gesetzt von Hans Dujardin.

Personen:
 Cho-Cho-San Eberhart
 Suzuki Hofmann-Breuer
 Kate Sinterton Fabel
 P. S. Sinterton Reutwig
 Sharpless Geuter
 Goro Katada Dujardin
 Der Fürst Hamadori
 Großhinger
 Onkel Noyze Glas
 Natsumi Sittian
 Der Kaiserliche Kommissär Sittian
 Der Standesbeamte Herras
 Die Mutter Cho-Cho-Sans
 Die Zante Bauer
 Die Waise Burt

Anfang 7 Uhr. 1026
 Ende gegen 9 1/2 Uhr.
 Sperrfz I. Abt. 8.- RM.

Städtisches Konzerthaus
 Aufführung:
Amerikanische Frauen
 Lustspiel in drei Akten von Nech Hopwood. In Szene gesetzt v. Friedrich Weng.

Personen:
 Großmama Frauenborfer
 Tom Morgan Kloeble
 Fifi Verlow
 Ethel Sutton Waffel
 Wally Reynolds Groß
 Nina Hargrave Clement
 Betty Vorimer Runje
 Artie Vorimer Wüller
 Sam Hargrave
 Münzberger
 Zimmermädchen Bauer
 Diener van Santen
 Doris Soltner

Anfang 7 1/2 Uhr.
 Ende 9 1/4 Uhr. 1027
 Sperrfz I. Abt. 3.80 RM.

Ph. Nagel
 Kaiserstraße Nr. 55
 Schöner Steppischer
 3 1/2 Jahre alt, in nur gute Hände zu verkaufen.
 Angebote unt. Nr. 3287 an das Volkshausbüro erbeten.

H. Tintelott, Karlsruhe
 Empfehle mein reichhaltiges Lager in feinen Solinger Stahlwaren wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpenbestecke und meine **la Rasiermesser** eigener Fabrikation, sämtliche **Rasierutensilien.**
 Rasiermesserhohtschleiferei
 H. Tintelott, Amalienstr. 43 Tel. 4182

Herrenstoffe
 Außergewöhnliches Angebot
 Hochfeine Sommerkammgarne
 Mark **16.-** per Meter
Leipheimer & Mende

Hypotheken und Darlehen
 bei mäßigem Zinsfuß langfristig gegen la Sicherheit
sind zu vergeben
 Baden - Baden
 Schließfach 46

Emaillierte Kohlen-Herde
 Garantid für jedes Stück von
Mk. 84.-
 Bequem. Teilzahlung

Ph. Nagel
 Kaiserstraße Nr. 55

BAUBUND-MÖBEL
 Hervorragend in Form & Güte kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
 G.M.B.H.
 KARLSRUHE
 Karl-Friedrich-Strasse 22
 am Rondellplatz
 TAGL. GEÖFFNET
 VON 8 1/2-12 1/2 UND 2-6 1/2 UHR

Plakate aller Art liefert rasch und billig
 Buchdruckerei Geck & Cie.
 KARLSRUHE, Lulsenstraße 24.

Der Gelehrte



Die Wissenschaft hat es bewiesen:
 Den Blinddarm kann man operieren. —
 Doch Hühneraugen an den Füßen
 Muß man mit „Lebewohl“ kurlern.

Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** für die Zehen und **Lebewohl-Ballschleiben** für die Fußsohle. Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien.

